

Amerika wohin?

Die US-Wahlen 2004 und die Zukunft der transatlantischen Allianz

Dokumentation einer Veranstaltung der Reihe „Werkstattgespräche“
am 5. November 2004

HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG
GRÜNE AKADEMIE

Schriften der Grünen Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung – Nummer 2:

Amerika wohin?

Die US-amerikanischen Wahlen 2004 und die Zukunft der transatlantischen Allianz

Hrsg. von der Grünen Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung

1. Auflage, Februar 2005

© Heinrich-Böll-Stiftung

Alle Rechte vorbehalten

Gestaltung: SupportAgentur

Druck: agit-druck, Berlin

Die Schreibweise entspricht den Regeln der neuen Rechtschreibung gemäß den Empfehlungen der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung.

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin,
Tel. 030-285 340, Fax: 030-285 341 09, E-mail: info@boell.de, Internet: www.boell.de

Inhalt

Vorwort	5
I. Der neue, alte Präsident und sein Programm	
– Inneramerikanische und transatlantische Auswirkungen	7
Beiträge von	
Karsten Voigt	9
Ulrike Guerot	13
David Crawford	17
Peter Rudolf	19
Reinhard Bütikofer	22
Diskussion	25
II. Wahlkampfthemen und Wahlverhalten	
– Wohin geht die amerikanische Gesellschaft?	31
Beitrag von Dan Hamilton	33
Diskussion	37
III. Anhang	
Analysen und Zahlen zur US-Wahl 2004	43
Josef Joffe: Der ungeliebte Sieger	45
Thomas Kleine-Brockhoff: Die Vereinigten Halbnationen	48
Helga Flores Trejo: Die Wahlen: Deutungen und Missdeutungen	53
Zahlen und Fakten: Ergebnisse der US-Wahlen	57
Autorinnen und Autoren u. a.	61

Vorwort

Mit der vorliegenden Publikation legt die Grüne Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung den zweiten Band ihrer Veröffentlichungsreihe vor, in der sie ihre Diskussionsveranstaltungen, Tagungen und Konferenzen dokumentiert.

Die Grüne Akademie ist ein Netzwerk von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie politischen Akteuren. Sie befasst sich mit grundlegenden Fragen gesellschaftlicher Entwicklung an der Schnittstelle von Politik und Wissenschaft. Die Akademie besteht aus rund 60 ehrenamtlichen Mitgliedern, die gemeinsam die Arbeitsschwerpunkte festlegen. Koordiniert werden ihre Aktivitäten durch den Akademie-Vorstand und eine hauptamtliche Mitarbeiterin.

Die „Werkstattgespräche“ der Grünen Akademie organisieren einen kontinuierlichen Dialog zwischen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Politik zu aktuellen Themen. Sie sind ein Diskussionsangebot zu konzeptionellen und strategischen Fragen, die für grüne Politik von Belang sind. Das hier dokumentierte Werkstattgespräch fand am 5. November 2004 auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin statt und stand unter der Überschrift „Amerika wohin? Die US-amerikanischen Wahlen 2004 und die Zukunft der transatlantischen Allianz“.

Die fortdauernde Aktualität dieser Frage liegt auf der Hand: Handelt es sich beim Wahlausgang um eine sich langfristig abzeichnende Veränderung der politischen Hegemonie in den USA? Was sind die Auswirkungen auf die Außenpolitik und das transatlantische Verhältnis? Haben wir damit zu rechnen, dass die amerikanische Politik der Stärke, die nach dem 11. September 2001 begonnen wurde, fortgesetzt wird, oder gibt es auf beiden Seiten des Atlantiks Anhaltspunkte für eine Rückkehr zu einer kooperativen Politik im Rahmen der NATO und der Vereinten Nationen?

Das Wahlergebnis hat viele vor ein Rätsel gestellt. Die Tatsache, dass die hohe Wahlbeteiligung eben nicht zugunsten von Kerry zu Buche schlug, dass es vielmehr Bush gelungen ist, mit einem Stimmenvorsprung von 3,5 Millionen durchs Ziel zu gehen, bedarf einer Erklärung. So ist es Bush auch gelungen, die Zustimmung in den Wählergruppen deutlich zu erhöhen, die eigentlich eine Domäne der Demokraten darstellen: Er hat gegenüber der letzten Wahl bei den Frauen 5 Prozentpunkte hinzugewonnen, bei den Latinos 9 Prozent und in den urbanen Zentren der USA 10 Prozent. Auch seinen Stimmenanteil bei den Afro-Amerikanern konnte er erhöhen.

Wer die Feuilletons nach der Wahl verfolgte, bekam einen Eindruck davon, welche europaweite Protestwoge den USA entgegenschlug. Die transatlantische Allianz ist aber zu wichtig, um ihre Zukunft allein Mr. Bush zu überlassen. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine anregende Lektüre.

Berlin, im Dezember 2004

Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Peter Siller, Vorstand der Grünen Akademie

Anne Ulrich, Koordinatorin der Grünen Akademie

I. Der neue, alte Präsident und sein Programm
– Inneramerikanische und transatlantische Auswirkungen

„Es wird auch Chancen geben, für beide Seiten“

Von Karsten Voigt

Ich gehe davon aus, dass das transatlantische Verhältnis im beiderseitigen Interesse liegt. Europa kann die Probleme dieser Welt nicht alleine lösen, und meiner Meinung nach können die USA sie auch nicht alleine lösen. Eine harmonische transatlantische Beziehung ist die notwendige Voraussetzung für globale Stabilität und die Stärkung von Demokratie weltweit.

Bush hat ein Mandat für seine konservative Politik, nach innen und nach außen. Er hat einen Kongress, der ihn nicht nur aufgrund einer republikanischen Mehrheit, sondern auch aufgrund seiner Zusammensetzung in Bezug auf die gewählten Personen unterstützen wird. Bush findet eine Situation vor, die es ihm erlaubt, seine konservative Agenda leichter nach innen und außen durchzusetzen als viele Präsidenten vor ihm. Voraussichtlich bietet sich ihm die Möglichkeit, Positionen im Supreme Court neu zu besetzen. Aufgrund der herausgehobenen Stellung des Supreme Court rückt das Ziel näher, diese konservative Agenda auch juristisch abzusichern.

Gibt es Anzeichen, dass er trotzdem einen ganz anderen Kurs einschlägt? Meiner Meinung nach: nein.

Weil Bush starke Überzeugungen hat und Prinzipien, obwohl es da gewisse Spannungen zwischen beiden gibt; und weil er – das kommt hinzu – die Kohäsion dieses mehrheitsfähigen Bündnisses, die er geschaffen hat, dann in Frage stellen würde. Denn die sicherheitsorientierten Frauen, die Neokonservativen, die religiöse Rechte und *big business* – man kann die eine oder andere Gruppe noch hinzufügen – sind in einer brillanten Weise von den Leuten um Bush – Karl Rove wird immer wieder genannt – zusammengefügt worden. Wenn er sich zur Mitte bewegen würde, wäre ein Teil dieser Leute verunsichert, so dass zumindest diejenigen, die in der Republikanischen Partei auch an die Zeit nach Bush denken müssen, daran kein Interesse haben werden. Da Bush bestimmt nicht nur als ein Mann in die Geschichte eingehen will, der irgendeine Rolle gespielt hat, sondern als einer, der etwas verändert hat, – insofern ist er ein Revolutionär, ein konservativer Revolutionär in gewisser Weise –, und weil er nicht nur etwas verändern will, sondern weil er ja auch, so wie Roosevelt einmal eine neue Mehrheit für die Demokraten geschaffen hat, eine dauerhafte neue Mehrheit für die Republikaner schaffen will, halte ich es für ausgesprochen unwahrscheinlich, dass er von seinen Prinzipien und Grundüberzeugungen ablässt oder dass er eine andere Linie fährt.

Ist das für uns Europäer ein Problem? Das ist erstmal uninteressant, ob das für uns ein Problem ist, solange es nicht auch für die Amerikaner ein Problem ist. Die Frage ist: Ist eine Zusammenarbeit mit diesem amerikanischen Präsidenten und den Leuten, die ihn beraten, überhaupt möglich?

Auf der Regierungsebene sehe ich Schnittmengen gemeinsamer Interessen und Werte. Gerade in Bezug auf Werte gibt es Übereinstimmungen, wenn man sieht, durch welche völlig andere Vorstellungen wie den islamischen Fundamentalismus oder undemokratische Regime in großen Teilen der Welt unsere Werte herausgefordert werden. In diesem Zusammenhang will ich an Fragen zu folgenden Themen erinnern: Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, internationaler

Terrorismus, mehr Demokratie, mehr Rechtsstaatlichkeit im Nahen und Mittleren Osten, der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern, regionale Konflikte auf dem Balkan, im Kaukasus und in anderen Bereichen des postsowjetischen Raums. Bei all diesen Punkten gibt es überwiegend ähnliche Interessen. Auch bezüglich des Iran decken sich die Zielsetzungen, nicht unbedingt die Methoden. Also ist es für eine Bundesregierung nicht nur möglich, sondern sinnvoll, die Zeit, in der ein amerikanischer Präsident – ob er neu oder wieder gewählt ist – über seine nächsten vier Jahre nachdenkt, zu nutzen, um konstruktive Signale auszusenden und zu sagen – was wir übrigens auch getan haben – : Wenn ihr auf Europa zugeht, werdet ihr hier offene Türen einrennen. Wir sollten über all diese Konflikte reden, auch über Probleme wie Aids, weltweiten Hunger und Klimaschutz. In Bezug auf Kyoto wird es keinen Kompromiss geben, aber man könnte zumindest über die technische Umsetzung von Klimaschutz reden.

Man kann das sehr pragmatisch angehen, und es gibt viele Leute in der Bush-Administration, die das ähnlich pragmatisch sehen. Ich glaube, dass bereits in diesen ersten Wochen Terminabsprachen stattfinden und die Felder ausgelotet werden. Es wird Probleme und Meinungsverschiedenheiten geben; im Prinzip verursacht jeder amerikanische Präsident der deutschen Regierung auch Schwierigkeiten. Aber es wird auch Chancen geben, für beide Seiten. Es hat ja immer schon Probleme gegeben, z. B. auch im Verhältnis zwischen Jimmy Carter und Helmut Schmidt.

Die Veränderung der geostrategischen Lage spielt eine wichtige Rolle. Wir sind noch immer damit beschäftigt, die Auswirkungen des 9. November 1989 zu absorbieren: deutsche Einheit, Osterweiterung der Europäischen Union, Osterweiterung der Nato. Die Amerikaner sind fixiert auf den 11. September 2001. Während sie in Amerika sechzig Jahre lang über die deutsche Angst geredet haben – viele Amerikaner haben das nicht verstanden –, verstehen jetzt viele Europäer nicht die amerikanische Angst nach dem 11. September 2001.

Ich habe schon vor Jahren auf die Rolle der Neokonservativen hingewiesen. Ich habe übrigens die ersten Neokonservativen getroffen, als ich Juso-Vorsitzender war; das ist schon ein paar Jahre her. Glücklicherweise haben jetzt alle deutschen Stiftungen, auch die Heinrich-Böll-Stiftung, zu diesen Gruppen Kontakt. Das sind ja keine dummen Leute, sondern kluge Leute, die trotzdem zu einer anderen Auffassung kommen. Und man sollte sie nicht mit den niedrigsten Argumenten bekämpfen, sondern sich mit ihren besten Argumenten auseinandersetzen, weil man dadurch nur lernen kann.

Zur religiösen Rechten, die ich für wichtig halte und die für uns die fremdartigste Gruppe sind, müssen wir noch versuchen, Kontakt aufzubauen.

Ich bin das erste Mal bei einer Missionsveranstaltung von Billy Graham, dem Vater Frank Grahams, gewesen, als ich Schüler war. Da wurden alle Sünder gebeten, nach vorne zu kommen. Ich bin sitzen geblieben – dazu gehört schon einiges. Und ich bin seit einer Reihe von Jahren nicht nur am Sonntagmorgen regelmäßiger Zuschauer der Fernsehsendungen dieser Gottesdienste gewesen, sondern bin auch in den Süden gefahren und habe an Gottesdiensten von Frank Graham und Pat Robertson teilgenommen. Da muss man schon Durchhaltekraft haben. Man muss diesen Teil Amerikas versuchen zu verstehen, weil wir sonst wichtige Komponenten der Bush-Politik nicht verstehen. Nicht dass Bush identisch mit den Evangelikalen

wäre, das nicht. Aber man kann seine Politik ohne Kenntnis von ihnen nicht verstehen.

Sie haben sehr klare Vorstellungen von Gut und Böse – wobei sie natürlich auf der guten Seite sind – und äußern klare Meinungen zu bestimmten, nicht nur innenpolitischen Themen, die ja zum Teil außenpolitische Auswirkungen haben – Abtreibung –, sondern auch zur Außenpolitik, besonders den Nahostkonflikt, China und den Sudan betreffend.

Ich glaube, dass wir es hier nicht nur, wie viele meinen, mit einem Unterschied zwischen einem säkularisierten Europa und einem religiösen Amerika zu tun haben. Die religiösen Teile Amerikas, die sich in ihrer Religiosität so definieren wie die Mehrheit der europäischen Gläubigen, ordnen sich auch politisch eher bei Kerry ein. Die religiösen Kräfte Amerikas, die bei der religiösen Rechten verankert sind, gibt es in dieser Form in Europa und in Deutschland kaum. Deshalb sind sie uns so fremd. Die Mischung von Patriotismus und Evangelismus in den USA erinnert viele Deutsche an die Perioden ihrer Geschichte, wo Religion, Politik und Patriotismus sich in einer sehr verhängnisvollen Weise verbanden. Mein Eindruck ist, dass diese Verbindung von Patriotismus und Politik in den USA bei vielen Deutschen auf Skepsis stößt, weil uns das an Tragödien in der eigenen Geschichte erinnert. Im amerikanischen Kontext – das möchte ich ausdrücklich hinzufügen – bedeutet es nicht das gleiche.

Die Glaubensgewissheit ist ein Problem. Für viele Leute scheint die europäische Theologie näher an der Aufklärung und die amerikanische Praxis der Religionsausübung im Süden näher an der Psychologie angesiedelt zu sein. Wenn man die hohen Auflagen von Büchern in Betracht zieht – 20 Millionen –, die die Geschichte beschreiben, nachdem Christus wiedergekommen ist, geht es auch in die Nähe von Science Fiction.

Kann man mit diesen Leuten in Dialog treten? Ich finde: Man muss – wenn sie dazu bereit sind. Etliche scheinen dazu bereit zu sein. Es könnte auch deshalb für uns Deutsche besonders leicht sein, weil es kein Parlament in der Welt gibt, in dem so viele Theologen sitzen wie im Deutschen Bundestag; zumindest kein Parlament in der westlichen Welt. Es gibt 12 Volltheologen im Bundestag und übrigens mehr auf der Linken als auf der Rechten. Es gibt zudem eine ganze Reihe von „Schmalspurtheologen“ im Bundestag und Angestellte der Kirche. Es gibt einen Gebetsraum im Bundestag, anders als in der Assemblée nationale und eine Prayer-Breakfast-Organisation mit über hundert Mitgliedern. Der Präsident des Bundestages, Wolfgang Thierse, ist Mitglied des Zentralkomitees der Katholiken. Von den vier Vizepräsidenten haben zwei Theologie studiert: Susanne Kastner von der SPD und Antje Vollmer von den Grünen. Und, wie wir alle wissen, sind Religionskriege immer mit den heftigsten Opfern verbunden. In der Abwandlung von Martin Luthers Ausspruch gibt es auch den Satz: Hier steh ich, ich kann auch anders, Gott helfe den anderen. Amen.

Die Glaubensgewissheit, mit der manch Gläubiger der amerikanischen religiösen Rechten argumentiert, diese Glaubensgewissheit gibt es auch bei Vertretern der deutschen Linken. Die Gewissheit, für das Gute zu stehen, ist genauso weit verbreitet: Wenn schon nicht am deutschen Wesen, dann soll wenigstens am deutschen Frieden die Welt genesen. Zum Thema Klonen haben interessanterweise amerikanische religiöse Rechte und große Teile der deutschen Linken – sogar der

PDS – ähnliche Auffassungen, was in gewisser Weise auch auf säkularisierte Elemente des Begriffs der Schöpfung zurückzuführen ist.

Wie könnte ein Dialog aussehen?

Auf der Regierungsebene, glaube ich, wird der Kontakt pragmatisch laufen; mit Schwierigkeiten, aber es wird laufen. Vielleicht wird das beiderseitige Bemühen sogar intensiver werden. Zumindest sollte man die Chance nutzen. Meine Sorge ist, dass auf der gesellschaftlichen Ebene aus dem, was bisher noch „Anti-Bushismus“ war, Anti-Amerikanismus wird – was zum Teil durch Filme und Bücher von Michael Moore begründet ist, die kritische Distanz, Selbstkritik in den USA signalisierten, die hier aber instrumentalisiert wurden zur Bestätigung vorhandener Vorurteile. Ich fürchte, dass bei uns die intellektuelle Arroganz, die immer wieder gegenüber Teilen Amerikas vorhanden war, wieder an Zustimmung gewinnen könnte. Die kann sich aus linken Quellen speisen oder über Peter Scholl-Latour oder über Alfred Dregger, der die Nato an der Ostfront schon verteidigt hat, bevor sie gegründet wurde, dessen Anti-Amerikanismus nur durch seinen Anti-Sowjetismus gebremst wurde.

Deshalb muss man gerade jetzt, wo das Bild der USA durch diese Regierung geprägt wird, berücksichtigen, dass es noch ein anderes Amerika gibt und mit diesem besonders intensiv kommunizieren. Aber darüber hinaus sollten Leute, die hier im politischen Bereich tätig sind, sich die Mühe machen, das andere Amerika – sprich: das rechte Amerika –, das den liberalen Teilen Amerikas auch fremd geworden ist und das uns noch fremder ist, versuchen zu verstehen und mit ihm in Kontakt zu treten. Das wird schwer fallen, weil das nicht unseren spontanen Neigungen entspricht. Wir müssen uns dieser Arbeit widmen. Und wir müssen vor allen Dingen verhindern, dass aus einer dialogischen Struktur mit diesem konservativen Teil Amerikas ein gesellschaftlicher Antagonismus wird, der die antieuropäischen Vorurteile in deren Milieu und in unserem Milieu die antiamerikanischen Vorurteile festigt.

„Es geht nicht um Gegengewicht, sondern um Gewicht“

Von Ulrike Guerot

Ich fand es interessant, dass wir in Europa die Buttiglione-Diskussion hatten und gleichzeitig auf der anderen Seite der Erde in den USA ein sehr religiös durchsetzter Wahlkampf stattfand. In der Gegenüberstellung war dieser Fakt für mich spannend. Ob ich daraus jetzt schließe, dass wir zeitversetzt Tendenzen in Europa bekommen, wie sie sich jetzt in Amerika abzeichnen oder konsolidiert sind, das weiß ich nicht. In der Tendenz wahrscheinlich eher schon, obwohl ich da keine Expertin bin. Ich habe mich letzstens mit jemandem unterhalten, der in der CDU-Fraktion eine große Rolle spielt und auch im Rat der EKD ist. Er hat nicht nur über den Zuwachs der Kirchgänger, sondern auch über den wachsenden Zuspruch zu Sekten in Deutschland berichtet. Das heißt, dass wir offensichtlich ein transzendentes Defizit haben, um es mal säkular zu beschreiben.

Ich denke, was nach Europa rüberschwappen wird, ist eine allgemein konservative Denkmustertradition in Bezug auf Frauenbild und Themen wie Abtreibung und Stammzellenforschung. Da kann ich mir schon vorstellen, dass so etwas auch in die europäische Politik hineingetragen wird. Das war unter Reagan damals nicht anders. Das sind ja Themen, die uns auf einer anderen Ebene, zum Beispiel auf der internationalen UN-Ebene, immer wieder begegnen. Jemand, der mit den Evangelikalen letztes Jahr in Amerika gereist ist, hat mir von Gesprächen berichtet, die da lauten: „Da wir als Evangelisten in der Bush-Administration natürlich auch unseren Rückhalt haben, können wir sagen: Kyoto ist wichtig, weil wir einen Schöpfungsbegriff haben, aus dem wir als Evangelisten ableiten, dass das wichtig ist.“ Wir als Europäer müssen lernen, die Parameter und die Akteure anders zu nehmen und im Prinzip – ich sage es mal platt – taktisch mit ihnen umzugehen. Wenn das State Department nicht mehr einflussreich genug ist, um die Verabschiedung des Kyoto-Protokolls zu befördern, dann müssen wir es anders versuchen und womöglich ein paar Klerikale anrufen, um ihnen darzulegen, dass Kyoto mit ihrem Schöpfungsbegriff zu tun hat, so dass diese Kreise dann Einfluss nehmen auf die Administration. Eventuell sagt die Bush-Administration dann: „Wir verabschieden das Kyoto-Protokoll nicht, aber ein anderes Klimaprotokoll“. So könnte ein strategischer Dialog in der Realität vielleicht tatsächlich funktionieren.

Ich befürchte, dass die Polarisierung zwischen Europa und Amerika strukturell kaum noch durch Diskurs zu überwinden ist. Wir sind dann vielleicht pragmatisch und finden doch noch unsere Wege der Kooperation oder denken vielleicht auch in Zukunft über taktische Elemente nach, so wie ich das jetzt skizziert habe. Und dennoch wird der transatlantische Dialog problematisch bleiben. Niall Ferguson hatte in der *Süddeutschen Zeitung*, glaube ich, dieses Interview, in dem er von einem Gespräch mit einem der Berater von Bush berichtet, der gesagt hat: Ihr analysiert nur unsere Realitäten; ich sage euch aber: Wir werden andere Realitäten schaffen. Wir sind jetzt die Akteure und gestalten Geschichte, wir machen es einfach. Wir ändern jetzt auch die Wahrnehmung. Es war ein sehr obskures Zitat, das Ferguson erwähnte. Wenn Ferguson weiter sagt: „Ein britischer Konservativer fühlt sich im Prinzip als Linksliberaler, wenn er jetzt als britischer Konservativer nach Washington reist oder möglichst weiter noch ins Landesinnere“, dann sind das Äußerungen,

die ich sehr ernst nehme. Ich kann mir im Moment nicht vorstellen, wie diese Polarisierung in der Politik überhaupt noch zu überwinden ist, wenn das politische System in den USA eigentlich auch nur Spaltung transportiert.

Der Punkt ist ja, dass der „Puffer“ durch kleinere Parteien – was in Europa immer noch möglich wäre: dass wir uns nämlich über eine Pluralität des Parteiensystems konstituieren und dadurch ein „mehr“ an Pluralität im Werte- oder im Meinungssystem schaffen – in den USA offensichtlich nicht funktioniert. Damit ist auch systemisch das Ventil nicht gegeben, mit dem man eigentlich einen gesellschaftlichen Diskurs schaffen könnte, der diese Zementierung der zwei politischen Blöcke in Zukunft überwinden könnte. Vor der Zementierung dieser beiden Blöcke graut mir, weil ich mir nicht vorstellen kann, welche Mechanismen man überhaupt noch finden kann, um da herauszukommen. Also koalitionstechnische oder parteiensystemische wahrscheinlich nicht. Und das halte ich für problematisch.

Ich teile die Einschätzung von Herr Voigt, dass Äquidistanz sicherlich das unpassende Wort ist und dass wir im Zweifelsfall immer noch mehr gemeinsam mit den USA machen und schaffen als alleine. Ich teile die Einschätzung, dass es sicherlich das falsche Momentum wäre, eine Identität in Opposition zu Amerika aufzubauen, weil Identität aus sich heraus kommen sollte und nicht in Abgrenzung gegen etwas anderes.

Ich würde trotzdem gerne weitere Akzente oder Nuancen in den Diskurs einbringen. Nuancieren ist mir wichtig, weil mir zu schnell – in der deutschen Diskussion vor allen Dingen, nicht in der französischen – mit der Aussage „Multipolarität und Gegengewicht sind die falschen Konzepte“ argumentiert wird. Das sehe ich ähnlich. Ohne jetzt semantische Haarspalterei betreiben zu wollen, sage ich trotzdem: Es geht nicht um Gegengewicht, aber es geht doch um „Gewicht“. Es geht um Gewicht in dem Sinne, dass wir alle – wir haben es angesprochen mit dem Begriff „unipolares Moment“ – wahrscheinlich eine Situation ablehnen, in der eine Macht das Sagen hat und Entscheidungen trifft, die wir nicht begrüßen oder auch andere Entscheidungen nicht fällt, die wir begrüßen würden. Das ist diese asymmetrische Machtstruktur.

Wie kann man diese Struktur überwinden, ohne sich intellektuell in einer Oppositionshaltung zu verzetteln, die da heißt: „Wir müssen dagegen vorgehen“? Es geht tatsächlich – deswegen ist mir das wichtig – nicht um Gegengewicht, sondern um Gewicht.

Es gibt keine einheitliche Haltung in Europa. Warum erwähne ich das? Gewicht bedeutet: starkes Europa. Ein starkes Europa ist natürlich nur ein geeintes Europa. Geeint sind wir stark, ungeeint sind wir schwach. Die Frage ist: Bekommen wir die Einigung hin? Und zwar eine Einigung, die aus uns herauskommt in dem Sinne, dass Europa auch für sich beansprucht, Welt gestalten zu wollen. Dass Europa – durchaus auch interessengeleitet – sagt: Wir Europäer wollen unseren Einfluss auf die Welt ausüben, aber auf ganz andere Art als die USA. Nicht gegen die Amerikaner gerichtet, sondern aufgrund unserer Interessen. Herr Voigt sagte, dass die strategischen Interessen die gleichen seien, ich aber würde nuancieren: Die Ziele sind die gleichen, aber die Methoden sind so unterschiedlich, dass ich fürchte, dass der Methodenkonflikt in Zukunft die Zieldeckungsgleichheit überlagern könnte.

Ich war vor zwei Wochen in Washington auf einer sehr interessanten Konferenz zum Thema Iran. Die Teilnehmer waren sehr gespalten. Die demokratischen

Amerikaner haben mit den Europäern diskutiert und die Neokonservativen – so ein Viertel der Runde – saßen daneben. Von einem Mitarbeiter des Pentagon kam als Betrag nur: „We don't rule out military solutions“ und ähnliche Äußerungen. Allein die Art und Weise des Denkens fand ich beunruhigend.

Auf der anderen Seite gibt es Leute in den USA, die im Prinzip unisono mit den Europäern sagen: Wenn Iran *really determined* ist, dann müssen wir andere Lösungen finden und intensive Verhandlungen führen. Die denken dann darüber nach, ob vielleicht eine *Japanese solution*, also angereichertes Uranium, aber nicht als Atomwaffe materialisiert, eine Verhandlungslösung für Iran sein könnte. Das wollten die neokonservativen Freunde nicht mehr erörtern oder als einen Lösungsansatz betrachten. Sie haben relativ ehrlich gesagt: Wir haben die Diskussion bei uns im Lande, auch die Rhetorik im Wahlkampf, schon so weit getrieben, dass, wenn wir nicht „saubere Lösungen“ für Iran finden, andere Lösungen unterhalb einer bestimmten Schwelle X gar nicht mehr in Frage kommen.

Ich fand diese Sichtweise erschreckend und habe insofern auch bei Interessensgleichheit zwischen den USA und Europa zunehmend Angst vor einem Methodenkonflikt in Bezug auf das Erreichen von Zielen, und Iran ist dafür ein gutes Beispiel. Es gibt verschiedene Diskussionen, die wir nun schon seit langem führen. Auf der einen Seite geht es um Softpower, z. B. die Stabilisierung von Grenzregionen durch die Erweiterung der Europäischen Union, auf der anderen Seite steht die sogenannte Hardpower. Diese Trennlinie verläuft auch durch andere Diskussionen: Befinden wir uns jetzt im Krieg gegen den Terrorismus oder müssen wir ihn nur bekämpfen und zwar mit anderen als ausschließlich militärischen Mitteln? Das sind einerseits semantische Haarspaltereien, andererseits steht zur Debatte, wie man grundsätzlich mit Problemen umgeht.

Bush könnte, wenn er nicht auf Europa zugeht, vielleicht der beste „externe Förderator“ werden, den die Europäische Union seit langem gesehen hat. Das wird von vielen so gesehen. Wird das so sein? Ich kann es nicht einschätzen. Ich persönlich würde mir einen „Förderator“ wünschen, da ich mir wünsche, dass Europa Gewicht bekommt, aber lieber einen wohlwollenden als einen negativen „Förderator“.

Was ich mir natürlich nicht wünsche, ist, dass Europa an Fragen, die Abmachungen mit Iran betreffen, in Kürze eine ähnliche Spaltung erlebt, wie wir es beim Vorgehen im Irak erlebt haben. Ich glaube, dass dies gefährlich wäre, nicht nur für Europa, sondern auch für Amerika. Was meiner Meinung nach in der amerikanischen Diskussion oft übersehen wird, ist, dass den USA ein gespaltenes Europa ja auch nicht nützt. So schön das womöglich im ersten Moment wäre. Wenn nur eine Hälfte Europas einer amerikanischen Strategie zum Iran zustimmen würde, ist das langfristig weder für die Amerikaner noch für die Europäer hilfreich oder wünschenswert.

Wir operieren hier mit zwei Annahmen. Die erste lautet: Die Bush-Administration bleibt, wie sie ist und setzt ihre Politik fort wie bisher, bestärkt durch das überzeugende Wahlergebnis. Die zweite ist: Reagan II war nicht wie Reagan I; insofern wird Bush II nicht wie Bush I.

Wie auch immer das ausgeht, ob Bush in Europa zum „externen Förderator“ wird oder nicht: Deutschland wird zum Dreh- und Angelpunkt. Das macht mir für dieses Land und für diese Diskussion Angst. Warum? Weil ich schon jetzt das Gefühl habe, dass sich für Deutschland die allzu enge Anbindung an Frankreich als Problem

erweisen wird. Ich sage das als unbedingte Verfechterin der deutsch-französischen Beziehungen; aber Deutschland wollte und will sich nie zwischen Frankreich und den USA entscheiden müssen. Ich könnte mir vorstellen, dass Chirac bestimmte Vorstellungen oder auch Hintergedanken in Bezug auf Bush hat. In der *International Herald Tribune* stand kürzlich, Chirac sei jetzt strategisch am Hebel und könne Zugeständnisse an die USA machen, wenn er denn möchte oder auch nicht, wenn er nicht will. In Deutschland, wo wir im Moment eine problematische Europadiskussion führen – Stichwort Verfassungsdiskussion und Türkei – und ein gewisser Europadefätismus oder -fatalismus spürbar ist, gibt es nicht mehr viel Energie für die europäische Integration. Es ist für die transatlantischen Beziehungen nicht förderlich, wenn Deutschland zwischen zwei Positionen steht – also zwischen Chirac, der gegen das unipolare Moment vorgehen möchte, und Bush, der vielleicht doch wieder mit Kompromissvorschlägen an Europa herantritt. Da sehe ich nicht genau, wo Deutschland sich hinorientiert und welchen Beitrag Deutschland leisten könnte, um Europa insgesamt mehr Gewicht zu verschaffen, um dann besser und entschlossener transatlantisch operieren zu können.

Vor diesem Hintergrund denke ich, dass wir auch in den Institutionen darüber nachdenken müssen, wie wir mit den Amerikanern umgehen. Ich vertrete die Meinung, dass wir die EU-US-Beziehungen aufwerten sollten. Wir könnten vielleicht auch einen Teil des strategischen Dialoges zwischen den USA und Europa innerhalb der EU-US-Beziehung führen und nicht mehr nur in und über die Nato. Vielleicht könnte das für uns eine der Zielsetzungen sein.

„Wenn man in Europa eine Politik verfolgt, die erfolgreich ist, dann kann man damit auch Leute in den USA überzeugen“

Von David Crawford

Es gab neulich einen Film über Martin Luther, den ich gesehen habe. Er fing an mit Luther in seiner Zelle. Er liegt auf dem Steinboden, ein lebendes Kreuz. Er versucht verzweifelt, sich in diesen Steinboden zu drücken. Man sieht, dass er immer frustrierter wird. Natürlich schafft er es nicht, im Stein zu verschwinden. Danach erzählt er: So empfindet er auch seine Versuche, in den Himmel zu kommen. Und das schafft er nicht. Man ist nicht in der Lage, so gut zu sein, wie man sein müsste mit dem Glauben. Glauben als etwas, woran man verzweifelt, das kenne ich auch: Ich erinnere mich an Gespräche in Hamburg in der Al-Kuds-Moschee. Dort gibt es diese Art von Glauben. Es gibt ihn auch in den USA.

Als ich neulich in Ulm in einer Moschee war, traf ich jemandem, der Leuten hilft, nach Tschetschenien zu gelangen und erzählte von meinen Gesprächen in Hamburg. Er sagte: „Was hast du in Hamburg gelernt?“ Ich sagte: „Ich lernte, dass der Glaube etwas ist, das man im Bauch spürt.“ Er sagte: „Ja, das ist es.“ – Es ist also nichts Intellektuelles. Es ist nichts, worüber man mit Vernunft reden kann. Es ist etwas, was man spürt. Und wenn man versucht, in einen Dialog mit dieser Art von festem Glauben zu treten, dann muss man sich überlegen, mit welchen Mitteln man das tut. Ich finde es sinnvoll, das Thema intellektuell zu diskutieren, mittels dieses europäischen Ansatzes. Aber vielleicht muss man es auch mit anderen Mitteln versuchen.

Die USA mit ihrer weltpolitischen Strategie – ich schlage jetzt den Bogen zum Terrorismus – versuchen es mit militärischen Mitteln. Sie sehen Terror als etwas, das militärisch bekämpft werden muss. Europa sieht das nicht unbedingt als einen Krieg und hat eine andere Herangehensweise.

Wenn ich mit Muslimen diskutiere, sehen diese Terrorismus als eine Art Kommunikationsmittel, das eingesetzt wird, um Leute – auf zynische Art und Weise – zu bewegen, anders zu denken und anders zu handeln.

Es gibt Leute in Amerika, die absolut überzeugt sind, dass ihr Handeln richtig ist, die auch überzeugt sind, dass sie ihre Stärke ausspielen können und müssen. Militärisch vielleicht nicht immer mit einem „heißen Krieg“, aber zum Beispiel gegenüber Iran, wo das sicherlich als eine Option zur Verfügung steht, um Druck auszuüben für ihre politischen Ziele.

Für mich dreht sich diese Auseinandersetzung – zumindest in der islamischen Welt – um bestimmte politische Themen. Wenn ich in die Moscheen hier in Deutschland und anderswo in Europa gehe und frage: „Wieso wollen Sie nach Tschetschenien? Wieso wollen Sie in den Irak?“ Dann heißt es: „Wegen Abu Ghraib. Wegen Guantanamo. Wegen Palästina.“ Es gibt also eine Reihe von entscheidungsrelevanten Themen für Muslime.

Man muss sich überlegen, welche Themen man durch seine Politik vorgibt. Egal, ob man sich für eine militärische Politik oder für eine andere Politik entscheidet, man setzt Themen. Als es den ersten Hamburger Prozess gegen Mounir el Motassadeq gegeben hat, ist er schuldig gesprochen und zu 15 Jahren Haft – der Maximalstrafe – verurteilt worden. Ich habe seine Freunde gefragt: „Was halten Sie davon?“

– Sie meinten: „Ja, das ist schade; aber er hat auf alle Fälle einen fairen Prozess bekommen.“ Später, als er frei gelassen wurde, haben sich dieselben Leute geärgert und waren wütend: Nicht, weil er entlassen wurde. Darüber waren sie glücklich. Sie meinten aber: „Das war ungerecht. Der ist erst jetzt freigelassen worden. Wieso durfte er zwei Jahre nicht mit seiner Familie verbringen?“ – Hier zeigt sich, dass Themen wirklich bedeutend sind und dass sie Leute bewegen können, sich in dieser Auseinandersetzung weiter zu engagieren. Sie werden motiviert von bestimmten Themen, genau wie Anhänger der RAF in Deutschland in den 70er Jahren. Ein großer Teil der neuen Anhänger fand ja damals über die Sympathisantengruppen, die sich um die Häftlinge gebildet hatten, zur RAF.

Man sieht ein ähnliches Phänomen in der islamischen Welt, wo sich aufgrund bestimmter Themen, die in der islamischen Welt eine große Bedeutung haben, die nächste Generation von Kämpfern herausbildet.

In Hamburg hat man versucht, ein faires strafrechtliches Verfahren durchzuführen, was ich für einen sehr guten Ansatz halte. Leider funktioniert es nicht immer. Man muss natürlich in ganz Europa versuchen, mit diesen rechtsstaatlichen Mitteln weiterzukommen.

Ich bin überzeugt, dass nur Erfolg sich wirklich durchsetzen wird. Wenn man hier in Europa eine Politik verfolgt, die erfolgreich ist, dann kann man damit auch Leute in den USA überzeugen. Daher muss man sich überlegen: Welche Aktivitäten oder Strategien hier in Europa könnten als nachahmenswertes Beispiel gelten? In welchen Bereichen kann man sichtbare Zeichen von Erfolg relativ schnell erreichen? Dann könnte man gegenüber den USA darauf verweisen, dass ihre Strategie womöglich nicht das einzige Mittel darstellt, sondern dass wir mit unserem Konzept auch Erfolg haben – Beispiel Strafrecht –, um dann letztendlich gemeinsame Strategien festzulegen und umzusetzen.

„Bush wird nicht alles durchsetzen können“

Von Peter Rudolf

In den letzten Wochen sind die meisten von uns vielleicht Opfer ihrer Hoffnung geworden. Es wäre wirklich eine Sensation gewesen, wenn Kerry gewonnen hätte. Es gibt im Lande einen strukturellen Vorteil für die Republikaner. Die USA sehen sich im Krieg, und der Präsident hat diesen Kriegsdiskurs, „Krieg gegen den Terror“, gespeist. Dieser Kriegsdiskurs stärkt die Macht des Präsidenten in den USA und hat die Funktion gehabt, eine durchaus heterogene Koalition unter den Wählern zusammenzuschweißen. Schauen Sie sich die Umfragen an: Terrorismus und Wertefragen, das waren die beiden entscheidenden Punkte, sie waren für den Wahlsieg von Bush ausschlaggebend.

Also, die Koalition ist durchaus heterogen. Und die religiösen Rechten, die *Evangelicals*, sind wichtig, jedoch nur ein kleiner Teil, 20 Prozent der Wähler. Davon haben 70 Prozent Bush gewählt. Sprich: 30 Prozent der Evangelikalen wählten Kerry. Das scheint mir doch erklärungsbedürftig zu sein. Warum sollten die einen liberalen Katholiken wählen? Es wäre schlichtweg eine Sensation gewesen, wenn ein liberaler Katholik Präsident geworden wäre. Es gab in den USA bislang erst einen Katholiken im Präsidentenamte. Der religiöse Faktor spielt gewiss eine Rolle.

Bush hat innen-, aber vor allen Dingen auch außenpolitisch neu definiert, was „Konservatismus“ in den USA heißt. Bush ist kein traditioneller Konservativer und insofern trifft der Ausdruck „Revolutionär“ durchaus zu: Er ist ein Konservativer, der das Staatsdefizit drastisch erhöht hat und der den Staat nutzt, um seine Agenda durchzusetzen. Nicht fiskal-konservativ, indem der Staat sich zurückzuzieht, sondern durchaus aktivistisch. Bush hat in der Außenpolitik – das waren eben nicht nur die Neokonservativen – einem neuen außenpolitischen Denkmuster, einer Vorstellung, einem Paradigma, zum Durchbruch verholfen.

Wird sich dieses neue Paradigma abschleifen? Nein, sicherlich nicht. Der Denkhorizont ist folgender: Krieg dem Terrorismus, Bewahrung der Überlegenheit, Unilateralismus, allenfalls instrumenteller Multilateralismus – diese Ziele werden bestehen bleiben. Andererseits gibt es ganz einfach pragmatische Zwänge – nicht innenpolitisch. Im Kongress ist der Druck eher gering. Aber: Das amerikanische Militär ist überfordert. Das Haushaltsdefizit ist riesig. Es gibt fiskalpolitisch Konservative in der Partei. Und es gibt einfach Grenzen amerikanischer Machtentfaltung. Das sind Fakten.

Auch in der Innenpolitik werden der „Revolution“ Grenzen gesetzt, weil die entscheidende Mehrheit im amerikanischen Senat 60 Stimmen beträgt; die Republikaner aber nur 55 Stimmen haben. Sie alle wissen: Das Filibustern ist ein Verfahren, das in wichtigen Fragen der Gesetzgebung, vor allen Dingen bei der Nominierung von Richtern oder von anderen hohen Beamten, eine große Rolle spielt.

Das bedeutet, dass Bush nicht alles wird durchsetzen können. Der künftige Vorsitzende des Justizausschusses, Alan Spector, ein Republikaner, hat klar gesagt: Die Richter für den Supreme Court, die das Recht auf Abtreibung zurücknehmen wollen, werden keine Chance haben. Da wird es auch in der Republikanischen Partei – es gibt ja immer noch Moderate – durchaus heftige Kämpfe geben.

Wohin geht die Reise? Ein erster Indikator wird sein, wie die wichtigen Posten

besetzt werden. Wenn etwa Paul Wolfowitz Verteidigungsminister, Sicherheitsberater oder gar Außenminister würde, wäre das ein klares Signal. Es gibt in der Republikanischen Partei durchaus noch einen starken moderaten, realpolitischen Flügel, gerade auch im Kongress wie zum Beispiel Richard Lugar, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Es wird nicht so einfach sein, reine Neokonservative wirklich in entscheidende Positionen zu hieven, die eine entsprechende Politik umsetzen könnten.

Auf welchen Feldern werden sich transatlantische Konflikte abspielen? Iran ist natürlich ein zentrales Thema. Iran wird der Indikator sein, wohin die Reise in der amerikanischen Außenpolitik geht. Wenn die Administration eine Iran-Politik formulieren würde – die gibt es ja faktisch nicht –, dann wäre das ein Indiz, dass vielleicht tatsächlich ein Zugehen auf europäische Strategien, auf europäische Ansätze möglich wäre und eine konsistente Iran-Politik entstehen könnte. Falls es keine Zeichen in dieser Richtung gibt, wird die Frage bezüglich einer militärischen Intervention im Raum stehen. Es gibt keine guten militärischen Optionen. Das wissen alle. Natürlich existiert die Möglichkeit, iranische Nukleareinrichtungen einfach auszuschalten, aber nur um den Preis einer Eskalation, um den Preis, dass im Iran jede Reform blockiert wird. Und Iran würde die Aktivitäten auf dem Gebiet der Nukleartechnologie nicht beenden, die Entwicklung würde sich allenfalls verzögern.

Ein militärischer Einsatz wäre sicherlich nur eine letzte Option, die aufgrund von Hilflosigkeit unternommen würde. Ich will es nicht ausschließen, wenn sich der Prozess der Entscheidungsfindung in dieser Administration nicht doch noch verändert und auch diplomatische Lösungen erwogen werden. Das Erstaunliche ist ja, dass viele Entscheidungen in einer kleinen Truppe getroffen werden. Die Politologen sprechen vom *group think*: Ein kleiner homogener Kreis trifft Entscheidungen. Andere Erwägungen, kritische Erwägungen, die im Planungsprozess sonst eine Rolle gespielt haben, werden nicht diskutiert. Das sehe ich als ein großes Defizit in der bisherigen Außenpolitik dieser Administration an, was ich auch als eine Form von Inkompetenz bezeichnen würde. Diese Inkompetenz war ja auch der Grund, warum sich der *Economist* für Kerry ausgesprochen hat, als es darum ging, zwischen Inkompetenz oder Inkohärenz zu entscheiden. Da war Inkompetenz doch der schwerwiegendere Mangel.

Ich befürchte Entscheidungen im Fall Iran, die den Graben zwischen Europa und USA weiter aufbrechen lassen und die Entfremdung vertiefen. Aber es gibt Chancen. Der Zeitfaktor könnte allerdings ein Problem darstellen. Europa kann wenig bieten, die USA müssten in diesem Fall Anreize bieten.

Eine andere Frage ist: Wird es zu einem erneuten Engagement im palästinensisch-israelischen Konflikt kommen? Es gibt gewisse Indizien. Nach Arafat wird es vielleicht im Zuge des israelischen Rückzugs aus dem Gazastreifen neues Interesse auf Seiten der USA geben, sich zu engagieren. Aber hier müsste, denke ich, Europa stärker darauf drängen, dass die USA eine Führungsrolle übernehmen. Die USA haben geschickt multilaterale Mechanismen, sprich: das „Quartett“, genutzt, um die Europäer letztlich lahm zu legen, statt sich der Aufgabe voll und ganz zu widmen.

Was kann, was sollte Deutschland tun? Herr Voigt hat es gesagt: offen sein, eigene Ideen formulieren, vielleicht auch die positiven Seiten der neokonservativen Agenda sehen. Die gibt es ja durchaus wie im Fall des Sudan oder humanitärer Interventionen.

Aber ich bin, wenn die Iran-Frage nicht durch Verhandlungen gelöst werden kann, sehr pessimistisch. Dann wäre wirklich ein neuer Konflikt mit ähnlicher Dimension wie im Falle des Irak absehbar in den deutsch-/europäisch-amerikanischen Beziehungen.

„Wenn jemand so deutlich gewonnen hat wie Bush, muss er etwas richtig gemacht haben“

Von Reinhard Bütikofer

Die Rede von einer „Ära“ Bush finde ich zu hoch gegriffen. Aber Tatsache ist, dass diese acht Jahre von George W. Bush prägender Bestandteil einer konservativ geprägten Ära sein werden, die mit Ronald Reagan angefangen hat, die dann durch Newt Gingrich radikal vorangetrieben worden ist und die jetzt mit dieser Administration noch mal eine neue Dimension erlebt. Vieles von dem, was seit Roosevelt und dem *New Deal* in den USA als Standard galt – kulturell, politisch –, wird da mit historischem Selbstbewusstsein zur Disposition gestellt und tatsächlich auch rückgängig gemacht.

Der Hauptunterschied zwischen Kerry und Bush ist meines Erachtens ein innenpolitischer. Egal, wo die Sympathien gelegen haben mögen, man sollte nicht vergessen, dass in Bezug auf die außenpolitischen Erwartungen an eine neue Administration Kerry und Bush nicht weit auseinander lagen.

Wenn jemand so deutlich gewonnen hat wie Bush, muss er etwas richtig gemacht haben. Ein Großteil der Evangelikalen hat ihn gewählt. Das war das letzte Mal auch so. Ich glaube nicht, dass man die Veränderungen in den USA erklären kann, wenn man vor allem die radikalen rechtskonservativen, rechtsreligiösen Wähler von Bush untersucht. Interessant ist, dass er Zugewinne in ganz anderen Milieus hat verzeichnen können. Nach den vorliegenden Analysen haben mehr Juden, mehr Frauen, mehr junge Menschen und mehr *Hispanics* Bush gewählt als vor vier Jahren. Das sind Gruppen, die traditionell als Unterstützer der Demokratischen Partei galten, sie haben Bush zum Erfolg verholfen. Diese 10 Millionen zusätzlicher Stimmen, die er gewinnen konnte, dieser Vorsprung von 3,5 Millionen Stimmen gegenüber Kerry und die Tatsache, dass wichtige Senatswahlen für die Republikaner ausgegangen sind, zeigt doch, da müssen die Republikaner was richtig gemacht haben.

Jemand aus Kerrys Umfeld hat den Unterschied zwischen Kerry und Bush folgendermaßen beschrieben: „Kerry is facts-based“ und „Bush is faith-based“. Ich frage mich: Soll man sich ernsthaft darüber wundern, dass sich in der politischen Auseinandersetzung der Politiker durchsetzt, der nicht nur mit Fakten dem Land eine Richtung geben will. Es hat sich der Politiker durchsetzt, der auf der Ebene des *vision thing* überhaupt etwas thematisiert hat. Kerry hatte da nichts anzubieten.

Natürlich sind das enorm konservative Werte, die Bush vertritt. Es geht um eine bestimmte Richtung, wenn von *moral values* die Rede ist. Ich habe den demokratischen Parteitag erlebt. Das waren genau dieselben konservativen Werte, die da gefeiert worden sind. Kerry hat versucht, die amerikanischen Wählerinnen und Wähler zu überzeugen, dass er sie besser vertreten kann. Da waren mehr Generäle, mehr Admiräle auf der Bühne als bei Bush.

Wenn man darüber nachdenkt, was sich in Amerika verändert hat, sollte man nicht nur auf die Republikaner gucken oder auf deren konservative Basis, sondern vor allem analysieren, warum es linken gesellschaftlichen Gruppen nicht gelingt, eine Idee von gesellschaftlicher Synthesis zu entwickeln oder eine Richtung aufzuzeigen, die man dieser Gesellschaft geben könnte, oder einen eigenen Wertekatalog zu entwickeln. Noch nicht mal im Bereich der Wirtschaftspolitik, in dem die Demo-

kraten mit klassischen linken Begriffen wie Gerechtigkeit und Verteilungsfragen operierten, um den Republikanern etwas entgegenzusetzen, konnten sie wirklich eine Perspektive aufzeigen. Kerrys Vorschläge zur Wirtschaftspolitik schwankten völlig haltlos zwischen Konzepten des ehemaligen Wirtschaftsministers von Bill Clinton, Robert Rubin, auf der einen Seite und einer platten Polemik gegen den Welthandel auf der anderen Seite. In seiner wichtigsten Rede in diesem ganzen Wahlkampf, in der Rede auf dem Parteitag, gab es zur Wirtschaftspolitik insgesamt vielleicht fünf Sätze. Besser ist es nicht geworden während des Wahlkampfes.

Die Demokraten haben bei einem wesentlichen Teil der Mitte deutlich an Terrain verloren, und das hat Bush diesen Sieg überhaupt erst ermöglicht. Denn eigentlich war dieser Präsident meines Erachtens höchst schlagbar aufgrund wesentlicher Fehler, die er gemacht hatte: Er war der erste Präsident seit Jahrzehnten, der am Ende seiner Amtszeit weniger Jobs vorweisen konnte als am Anfang.

Ich finde, wir sollten darüber diskutieren, wie eine demokratische Linke es vermeiden kann, in dieselbe Art von strategischer Hilflosigkeit und Perspektivlosigkeit zu verfallen, wie es den Demokraten ergangen ist.

Zur Außenpolitik. Ich sehe nicht, dass sich durch diese Wahl grundlegend etwas geändert hätte. Es ist derselbe Präsident. Es ist dieselbe Mehrheit im Senat und im Repräsentantenhaus. Es hat Entwicklungen gegeben, wo Europa und die USA in bestimmten Bereichen aufeinander zugegangen sind. Bush hat zuletzt gegenüber der UNO eine weniger konfrontative Position eingenommen als früher. Die letzte Umfrage des German Marshall Fund in Europa und in den USA mit Fragen wie: „Wie werden die Risiken bewertet? Wie werden die Bedrohungen wahrgenommen? Welche Werte prägen uns?“ hat herausgefunden: Es ist nicht so, dass die Europäer von der Venus sind und die Amerikaner vom Mars, sondern die Hälfte der Amerikaner ist auch von der Venus, während die andere Hälfte in Amerika vom Mars ist – in dieser Diktion von Robert Kagan. Das heißt, da gibt es Anknüpfungspunkte. Auch im Expertenbericht vom *Council on Foreign Relations* über die Zukunft der transatlantischen Beziehungen wird deutlich, dass es ermutigende Ansätze gibt: Konservative, auch Neokonservative äußerten sich und machten Vorschläge für eine Verbesserung und Erweiterung der transatlantischen Beziehungen.

Dieses letzte Jahr hat insbesondere den Amerikanern meines Erachtens unwiderlegbar demonstriert, dass selbst die einzig verbliebene Supermacht nicht alle „Baustellen“ unilateralistisch, im Alleingang bewältigen kann. Als Folge des Kriegs im Irak hat die Bush-Administration doch zuletzt faktisch ihre Israel-Palästina-Politik völlig eingestellt; da fand ja überhaupt nichts mehr statt. Aber beim Iran muss man sich politisch verhalten und Lösungen finden. Es gibt – meines Erachtens – gerade auf diesem Feld einen gewissen Zwang zur Kooperation, um die Erfolgsperspektiven zu verbessern. Auf der europäischen Seite stößt die Einschätzung, dass sich die Sicherheitsinteressen der USA von bestimmten Sicherheitsinteressen Europas nicht fundamental unterscheiden, immer mehr auf Zustimmung.

Wichtig ist jetzt, nicht darauf zu warten, wie die nächsten Schritte der Bush-Regierung aussehen werden, sondern als Europäer selbst aktiv zu werden und zu fragen: Wie können wir diese Agenda ein Stück weit prägen? Ich fand es richtig, dass Tony Blair in einer der ersten Stellungnahmen die Frage des Israel-Palästina-Konflikts auf die Agenda gesetzt hat. Das sollte nicht nur ein Anliegen Tony Blairs bleiben, die Europäer sollten gemeinsam einen Vorstoß wagen.

In unserer Auseinandersetzung mit der Bush-Administration ist die Klimapolitik ein wichtiges Thema. Da gibt es Chancen im Moment. Auf der einen Seite hat Putin das Kyoto-Protokoll jetzt unterschrieben. Der Versuch der Blockadepolitik ist also gescheitert. Auf der anderen Seite entwickelt die britische Regierung plötzlich eine außerordentlich ehrgeizige internationale Politik. Da bietet sich eine Kooperation an, in dem Fall mal nicht zwischen Paris und Berlin, sondern zwischen London und Berlin. Nun bietet sich die Möglichkeit, den wichtigsten Partner, den Bush in anderen Fragen hatte, jetzt einmal auf unserer Seite zu haben und gemeinsam gegenüber den Amerikanern einzuklagen, dass über Kyoto hinaus weitere Initiativen nötig sind.

Ich finde es bemerkenswert, dass die Briten – das ist mein Eindruck – bis jetzt am besten auf die Situation nach der Wahl reagiert haben. Die haben zum Thema Iran klar gesagt: „Keine militärische Lösung, nicht mit uns.“ Das ist ja etwas anderes, als es beim Irak war. Es macht einen Unterschied für die amerikanische Politik, ob die Europäer mit einer klaren gemeinsamen Stimme sprechen.

Zum Verhältnis transatlantische Beziehungen und europäische Einigung möchte ich anmerken, dass sich beides meiner Meinung nach gegenseitig bedingt. Es gibt keine europäische Einigung ohne ein gutes transatlantisches Verhältnis. Und es gibt kein vernünftiges, sinnvolles transatlantisches Verhältnis ohne ein geeintes Europa, weil die Europäer für die Amerikaner sonst einfach nicht relevant sind. Relevant im Sinne von ernst nehmen müssen und ernst nehmen können. Ich plädiere dafür, aufgrund der europäischen Gemeinsamkeit, die jetzt möglich ist, mit Priorität für die Verbesserung der transatlantischen Beziehungen, von unserer Seite aus aktiv zu werden und diesem Präsidenten, diesem wieder gewählten, alten neuen Präsidenten, zu sagen, was wir von ihm erwarten.

Diskussion (Auszüge)

Cornelius Ochmann: Wie wird sich die Präsidentschaftswahl auf die künftige Politik gegenüber Russland und Osteuropa auswirken? Wir haben ja in zwei Wochen eine Entscheidung in der Ukraine. Nach Einschätzung der Experten ist das eine Schlüsselentscheidung für die Entwicklung nicht nur in der Ukraine, sondern im ganzen postsowjetischen Raum, in der GUS. Vor kurzem wurde – Reinhard Bütikofer war ja auch daran beteiligt – der „Brief der 100“ publiziert. Es ging um die Frage: Wie sehen Sie die Möglichkeit, mit der neuen amerikanischen Regierung außenpolitisch zu kooperieren? Nach meiner Einschätzung fällt der imperiale Anspruch Russlands mit der Ukraine oder ohne Ukraine. Wenn es nach der Wahl in der Ukraine wirklich zu einer politischen Annäherung eines Staates auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion Richtung EU kommen sollte, müssen wir, das heißt die Europäische Union und die Vereinigten Staaten, die Politik gegenüber Russland neu gestalten. Unabhängig von der Entwicklung im Irak und unabhängig von anderen Krisenherden der Welt werden wir langfristig mit dem Thema Russland anders umgehen müssen. Deswegen meine Frage: Wie verhält sich die französische Regierung? Das ist ein Thema, das uns auf jeden Fall in den nächsten Jahren beschäftigen wird.

Michael Daxner: Das Reservoir an gemeinsamen Werten Europas und der USA ist nach 1945 sehr groß gewesen und mittlerweile aufgezehrt. Das positive Reservoir ist inhaltlicher Bestandteil der Reeducation und des Marshall-Plans gewesen; und das ist nach Kennedy nicht mehr da gewesen. Ich bezweifle, dass wir einen gemeinsamen Grundkonsens in der Demokratiefrage finden. Mein Hauptpunkt wäre, dass die Amerikaner in einer durchaus demokratischen Wahl eindrucksvoll Demokratie in unserem Sinn abgewählt haben. Das machen nicht nur die Amerikaner. Man darf nicht vergessen, dass die letzten Wahlen in Europa – mit einer Ausnahme – absolut eindeutig alle nach rechts gegangen sind. Ich arbeite sehr viel auf dem Balkan und muss sagen: Dort teilen wir die Interessen der Amerikaner überhaupt nicht. Ich war in Afghanistan. Die dortigen Wahlen waren das Mittel, Präsident Karsai seiner besten Mitarbeiter zu berauben und Demokratie langfristig zu verhindern. Das heißt meiner Meinung nach, dass wir eine völlig andere Vorstellung von Demokratie haben als die Amerikaner. Ich möchte drei, meines Erachtens bestürzende Ergebnisse erwähnen:

Erstens: Die Spaltung der jüdischen Wählerstimmen ist einer der schlimmsten Angriffe auf die amerikanische demokratische Kultur, wie wir sie verstehen. Zwischen den Leuten, die „Not in our Name“ unterschrieben haben, die in der *New York Review* schreiben – von Stanley Hoffmann bis Tony Judd –, und der kleinen Regierungslobby hat sich eine Kluft aufgetan, deren Opfer Israel sein wird. Seitdem diese *jewish vote* gespalten ist, fürchte ich um die Existenz Israels.

Zweitens: Die Amerikaner haben ihr eindrucksvolles Pouvoir der Selbstkorrektur aufgegeben. McCarthy sind sie damals durch eine wirklich demokratische Wahl losgeworden aufgrund der Überzeugung, dass Extreme ausgeschlossen werden müssen. Man könnte auch polemisch sagen: Der Verlust der *checks and balances* durch diese Wahl ist wirklich beeindruckend, weil er sich vertikal vom Präsidenten bis in die Gemeinden fortsetzt.

Drittens: Der Präsident kann es sich mittlerweile erlauben, freundlich zur UN zu sein. Die katastrophale Vorstellung von Powell ist letztlich schnell in Vergessenheit geraten.

Die Wahl Bushs ist letztlich auch eine Legitimation für die Vorkommnisse in Abu Ghraib und Guantanamo. Auch Rumsfelds deutliche Aussage wird legitimiert: „Wenn es sein muss, dann werden wir auch unsere Verbündeten“ – am Anfang hat er gesagt – „belügen“; er hat es später zurückgenommen. Natürlich ist die innenpolitische Analyse von Reinhard Bütikofer richtig. Natürlich macht auch jemand wie Bush nicht alles falsch. Ich kenne überhaupt kaum eine politische Führung, die immer alles dauerhaft falsch macht. Darum geht es nicht. Es geht nur darum, die Gemeinsamkeiten nicht überzubewerten. Dort, wo sich die Amerikaner international gemeinsam mit uns betätigen, gibt es natürlich minimale Überschneidungen.

Gerhard Pitz: So sehr ich glaube, dass du recht hast, so sehr irritiert mich das natürlich auch. Wenn man deiner Argumentation folgt, heißt das, dass entweder die Demokraten oder deren Berater furchtbar blöd sind oder dass es tatsächlich kein Projekt gibt, das den konservativen Projekten in den USA erfolgreich entgegenstehen könnte. Beides irritiert mich. Und das erste finde ich schlimm, das zweite finde ich noch schlimmer.

David Crawford: Man darf nicht vergessen, dass es ein anderes Wahlsystem in den USA gibt. Wenn es das gleiche Wahlergebnis hier in Deutschland gegeben hätte, dann hätte man zwei fast gleich starke Fraktionen. In den USA hat man das nicht. Das amerikanische System verzerrt das Ergebnis: Entweder gewinnt man alles oder sehr wenig. Man muss versuchen, politisch anders vorzugehen. Nur weil man knapp unterliegt, bedeutet das nicht, dass eine Politik gescheitert ist. Das heißt nur, dass sie sich in diesem Moment nicht durchgesetzt hat. Für mich war an den Wahlen interessant, wie man es wahltaktisch geschafft hat, die eigentliche Wählerschicht in Wahllokale zu bringen. Und: Was hat Bush richtig gemacht? Ich glaube, dass er am letzten Tag vor der Wahl – sogar am Tag der Wahl – zurück nach Ohio gegangen ist, war unglaublich klug. Er ist mit seinen Leuten dort hingegangen und hat gesagt: Jetzt geht jeder zu Leuten nach Hause, holt sie ab und bringt sie ins Wahllokal. Das hat funktioniert. Es war relativ knapp im Bundesstaat Ohio. Bush hat das anscheinend vorausgesehen. Während Kerry von Wisconsin aus direkt nach Hause geflogen ist, ohne Zwischenstopp. Es ging um Taktik und weniger um Themen als solches in der Endphase. Man konnte viel dafür tun, um die eigenen Wähler in die Wahllokale zu bringen. Deswegen zu sagen: Das ist eben Amerika, reicht als Erklärung nicht aus. Es ist ein bisschen komplizierter. Es gibt mehr als nur die eine Position.

Ulrike Guerot: Ich schaue mir die Situation in Frankreich an und bin besorgt. Da stört mich einiges, zum Beispiel die Law-and-order-Diskussionen, die jetzt stattfinden. Ich sehe diesen Rechtsruck auch dort. Ich sehe ihn nicht nur in Amerika, sondern auch hier in Europa und zwar gegen Europa, sprich: gegen Brüssel gerichtet. Herr Bütikofer hat natürlich einerseits recht, dass es eine Dialektik gibt: Es gibt die guten transatlantischen Beziehungen nicht ohne ein geeintes Europa, und umgekehrt basiert ein geeintes Europa auf guten transatlantischen Beziehungen. Auf der

anderen Seite sind das Sätze, die sehr schön sind, uns aber nicht weiterführen. Wie reagiert Frankreich? Ich denke, dass Chirac wahrscheinlich im Moment darauf setzt, dass es für Frankreich gut laufen könnte. Wenn die Türkei-Diskussion Deutschland spaltet, weil wir nicht vermitteln können, warum die Türkei in die Europäische Union soll und auch die Diskussion über die europäische Verfassung nicht erfolgreich verläuft, weil viele die europäische Integration noch nie wollten, dann könnte es schwierig mit einem geeinten Europa werden. Dann werden wir den Zustand, dass wir für gute transatlantische Beziehungen das geeinte Europa brauchen, damit das Verhältnis ausbalanciert ist, nicht hinbekommen. So verfolgt Chirac den Gedanken an ein Kerneuropa, weil Frankreich profitieren würde. Es ist ja ein offenes Geheimnis, dass die Franzosen schon mit der jetzigen Osterweiterung nicht glücklich sind, weil sich die Kräfteverhältnisse zu ihren Ungunsten verschieben. In der Konsequenz hätten wir damit tatsächlich ein gespaltenes Europa, das dann vielleicht multipolar ist und das Akzente setzt im transatlantischen Diskurs, die ich als Deutsche gar nicht vertreten kann, da ich mit einem Bein in jedem Lager stehe und nicht weiß, wo ich mich hinorientieren soll. Unser Interesse im Nahen Osten war Stabilität und nicht Demokratie. Jetzt kann man natürlich sagen: Das ist fahrlässig, Saddam Hussein ist ein Diktator gewesen. Trotzdem, realistisch betrachtet: Was ist eigentlich unser Interesse? Stabilität ist das erste. Deswegen hatten wir kein Interesse daran, militärisch im Nahen Osten zu agieren. Weder im Iran noch im Irak. Kommt Europa überhaupt dazu, interessengeleitete Politik zu verfolgen? Das weiß ich nicht. Aber das sind die Fragen, die wir stellen müssten. Deswegen bin ich einverstanden mit Herrn Bütikofer und dem Begriff der Dialektik. Die einzigen, die wirklich Interessenpolitik machen, sind wahrscheinlich die Franzosen. Mehr als jedes andere Land. Da stehen uns Konflikte bevor. Unsere Umfrage hat es ja gezeigt: 60 Prozent der Europäer sagen: Wir wollen ein stärkeres Europa, um besser mit den Amerikanern zusammenzuarbeiten. Das sind immerhin knapp zwei Drittel. 73 Prozent der Europäer wünschen sich, was auch immer man sich darunter vorstellen soll, eine europäische Supermacht, das lässt zumindest darauf schließen, dass viele sich im Sinne der besseren Kooperation eine institutionell anders strukturierte transatlantische Beziehung vorstellen.

Karsten Voigt: Ich möchte natürlich in Washington nicht gelobt werden, weil ich „ja“ sage, sondern respektiert werden, weil das Ja oder Nein handlungsrelevant ist und eine Rolle spielt. Insofern ist aus meiner Sicht ein starkes Europa wirklich eine Voraussetzung für gute transatlantische Beziehungen. Zuerst zu Russland: Es wäre falsch zu vermuten, dass diese Diskussion über Russland eine Diskussion ist, die auf der einen Seite in den USA, auf der anderen Seite in Europa bzw. Deutschland geführt wird. In Wirklichkeit ist die Diskussion bei uns in Deutschland viel kontroverser als es scheint, denn es gibt nicht nur Reinhard Bütikofer, der der Meinung ist, dass man die Geschehnisse kritisch hinterfragen soll. Es gibt solche Leute auch in der SPD. Es ist auch nicht so, dass das die traditionellen Russland-Kritiker sind. Nein, viele Leute die traditionell ausgesprochen pro-russisch sind, fangen jetzt an, die russische Entwicklung der Innen- und Außenpolitik kritisch zu hinterfragen. Da gibt es auch unterschiedliche Meinungen innerhalb der Bundesregierung. Das wird ein Thema werden, nach der Ukraine-Wahl sowieso. Es wird auch eine Debatte über Strategien werden. In den USA gibt es ja auch unterschiedliche Auffassungen zwi-

schen Demokraten und Republikanern und selbst innerhalb der Republikaner. Ein weiterer wichtiger Komplex betrifft die Aufgabe, gemeinsame Werte und Interessen zu definieren. Ich glaube nicht, dass diese Gemeinsamkeiten verbraucht sind. Eine Werte- und Interessengemeinschaft, die sich in Bezug auf sowjetische Macht und marxistisch-leninistische Ideologie definiert, ist eine andere als diejenige, die sich neu definiert in Bezug auf Herausforderungen und Krisenregionen außerhalb Europas. Es geht um ideologische und auch religiöse Konflikte, die mittels Gewalt und anderer destabilisierender Aktionen die westliche Welt, aber nicht nur die westliche Welt bedrohen. Insofern ist es ganz klar, dass sich die Interessen- und Wertegemeinschaften neu definieren müssen nach dem Ende des Kalten Krieges und nach dem 11. September 2001. Man kann auch von einer Phase der Unsicherheit angesichts der neuen Herausforderungen sprechen. Die Amerikaner haben nach 2001 eine neue Weltanschauung entwickelt. Die Frage ist, ob wir begreifen, dass diese neue Weltanschauung da ist – sie ist da –, und inwieweit wir eine andere Perspektive vertreten. Ich habe eine andere Anschauung der Welt, obwohl ich mir dieselben Probleme angucke. Das muss man zur Kenntnis nehmen und diskutieren. Es gibt einerseits eine sehr pragmatische Ebene, das ist die, die besonders die Regierung betrifft, auf der sehe ich Kooperationsmöglichkeiten. Andererseits gibt es eine sehr prinzipielle Ebene. Auf dieser prinzipiellen Ebene verschärfen sich die Konflikte. Da ist es sinnvoll, meine ich, die Probleme nicht zu verharmlosen, sondern lieber zu versuchen, die schwierigsten Fragen zu thematisieren. Schwierige Punkte im transatlantischen Verhältnis sind folgende: die Rolle, die militärische Macht spielt, sprich: die Fähigkeit zur Dominanz versus Attraktivität, *soft power* – *hard power*. Ich persönlich glaube, wenn diese Balance nicht gelingt, wird man das Problem des Terrorismus nicht lösen können. Das Terrorismusproblem ist zwar ein Gewaltproblem, basiert aber primär auf der Sympathie für diese Gewalt in der islamischen Gesellschaft. Diesen Konflikt kann man nicht militärisch lösen, sondern nur politisch. Sowohl die Neokonservativen wie auch die religiösen Rechten vertreten auf diesem Feld Auffassungen, die sich sehr stark von unseren unterscheiden.

Ich finde, dass man versuchen muss, selbst mit dem Antagonistischen in einen Dialog zu treten – im Sinne von Habermas: Durch Dialog versuchen, einen Antagonismus in Pluralismus zu überführen, und zweitens zu versuchen, Dissonanzen kognitiv zu nutzen. In diesem Sinne gebe ich sie nicht auf, schreibe sie nicht ab und will sie nicht marginalisieren. Die Frage ist: Gibt es Anknüpfungspunkte oder Möglichkeiten, wo man andocken kann, interne Entwicklungen zu begünstigen oder Gruppen – hier wurde gesagt: beim Umweltschutz – die man sogar als Partner ansehen könnte? Ich identifiziere diese schwierigen Bereiche, weil ich glaube, dass bei uns eine Neigung besteht, schwierige Dinge zu verteufeln, anstatt sie konstruktiv zu bearbeiten: Es gibt immer ein außenpolitisches Verhältnis, aber Deutschland hat zu den USA auch immer ein innenpolitisches Verhältnis gehabt. Die Deutschen und die Amerikaner sind verbunden durch ihre Neigung, außenpolitische Interessen mit einem Übermaß an Moral zu vertreten. Wir haben eine Neigung, dass alles, was wir tun, sich aus der deutschen Geschichte heraus unmittelbar logisch ergeben müsse. Das sind häufig Abwägungsprozesse, Widersprüche und hat viel mit Zukunft zu tun, mit Interessen und nicht nur mit Werten. Jemand, der Interessen vertritt, wird feststellen: Werte sind unbegrenzt, Interessen sind begrenzt. Deshalb gibt es ein Spannungsverhältnis zwischen beiden, sonst würden wir Vertreibungen

im Sudan mit dem gleichen Engagement entgegengetreten wie Vertreibungen im Kosovo. Die Distanz – sprich die eigene Betroffenheit und das Interesse – stellt für uns auch ein limitierendes Element dar, die an sich globalen Werte, die wir vertreten, nicht mit der gleichen Vehemenz umzusetzen. Wir müssen miteinander reden, um der Tendenz, sich innerlich von den Entwicklungen in den USA abzukoppeln, entgegenzuwirken. Die Neigung bei uns, politische Ohnmacht, die wir empfinden, moralisch zu überhöhen, und das daraus resultierende Gefühl der moralischen Überlegenheit ist destruktiv für das transatlantische Verhältnis. Deshalb wünsche ich mir eine Debatte in Deutschland, die Interessen artikuliert, nationale Interessen – nicht nationalistische Interessen –, eingebettet in den europäischen Kontext, die Werte definiert und die in prinzipiellen Fragen klar Position bezieht.

Reinhard Bütikofer: Die These von der Dialektik erklärt vieles nicht. Sie ist eigentlich der Ausgangspunkt für eine Analyse, aber sie schließt etwas Wichtiges aus: Sie schließt die Perspektive des Multipolarismus aus, und Fragen bezüglich des EU-Beitritts der Türkei oder der europäischen Verfassung können ausschließlich die Europäer beantworten. Das hängt nicht von George W. Bush ab. Ich will nur sagen: Wenn bestimmte Entscheidungen nicht getroffen werden, liegt die Verantwortung bei uns. Dann brauchen wir uns nicht darüber beschweren, wie die Amis uns behandeln. Wir müssen den wesentlichen Beitrag zu der Rolle leisten, die wir spielen wollen oder die wir spielen sollten. Hinsichtlich Russland stimme ich Karsten Voigt zu, will nur einen Satz hinzufügen: Ich habe nicht den Eindruck, dass die Stimmung in Amerika einheitlich ist. Es gibt scharfe Kritik an der Bush-Administration bezüglich der Russlandpolitik. Folgendes zu den Bemerkungen von Herrn Crawford, ich hätte übertrieben und die Demokraten hätten nur knapp verloren. Nun, immerhin deutlicher als beim letzten Mal – auf allen Ebenen. Wenn ich mir das Entsetzen über dieses Ergebnis angucke, das in vielen öffentlichen Reaktionen zum Ausdruck kommt, dann habe ich den Eindruck: Auch wenn das Ergebnis vielleicht knapper war als andere Entscheidungen, hat es doch eine immense Bedeutung. Die Knappheit des Resultats kann die Bedeutung nicht mindern. Darum ging es mir.

Peter Rudolf: Zu den Wertfragen: Ich habe lange darüber nachgedacht. Die USA – so die These – haben unsere Vorstellung von Demokratie abgewählt. Die USA haben in der Tat das *unified government* bestätigt, also die Kontrolle beider Gewalten durch eine Partei. Das ist historisch eher die Ausnahme. Die USA haben immer auf dem Prinzip der verschränkten, aber getrennten und auch geteilten Gewalten beruht. Die Form des *divided government* war, so sehr das aus europäischer Sicht befremdlich erscheint, für die USA das bevorzugte Modell. Es sind damit die Selbstkontrollmechanismen der amerikanischen Demokratie außer Kraft gesetzt; die Demokratie ist sozusagen gefährdet. Dieser amerikanische Präsident hat sicherlich einen imperialen Anspruch; es ist ohne Zweifel der Anspruch, Kombattanten oder illegale Kombattanten – Beispiel Guantanamo – auf Dauer, unbefristet, zu internieren. Das ist ein Anspruch, der aber vom amerikanischen Obersten Gerichtshof, wie Sie vielleicht wissen, im Juni zurückgewiesen wurde. Welche Auswirkungen das Urteil im Einzelnen haben wird, ist schwierig zu beurteilen. Es hatte zum Teil schon Auswirkungen. Im Supreme Court formiert sich langsam eine Gegenbewegung. Die

Selbstkontrollmechanismen sind also nicht ganz außer Kraft gesetzt. Bush kann diesen Anspruch nur durchsetzen und konnte ihn bis jetzt durchsetzen, weil der Kriegsdiskurs so prägend war. Die USA befinden sich – laut Bush – in einem permanenten Ausnahmezustand, deswegen hat er bestimmte Rechte beansprucht. Ich glaube, das wird auf Dauer nicht haltbar sein. Der Krieg gegen den Terror, so sehr die Administration diesen Krieg befördert hat, wird nicht ewig dauern. Insofern hoffe ich, dass es in absehbarer Zeit eine Normalisierung geben wird. Aber haben die amerikanischen Wähler das Vorgehen in Abu Ghraib oder Guantanamo abgesegnet? Ich glaube nicht, weil das überhaupt keine Rolle gespielt hat für Bushs Wähler. Da stand anderes im Vordergrund wie das Thema Abtreibung. Den meisten amerikanischen Wählern geht es nicht um Abtreibung an sich, sondern um *partial birth abortion* im Spätstadium. Das ist das große Skandalon in den USA. Die Mobilisierung wäre sicherlich nicht so groß gewesen, wenn nicht in elf Staaten eine Abstimmung über ein Verbot von Ehen zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern auf der Tagesordnung gestanden hätte. Teile der Wählerschaft, die für Bush stimmen, haben zudem eine ganz andere Wahrnehmung der Realität. Die Administration hat es geschafft, über wohlgesonnene Medien wie *Fox News Channel* und andere eine Interpretation der Realität durchzusetzen, die völlig befremdlich ist. Konservative oder die Amerikaner, die die Irak-Intervention unterstützt haben, glauben nach wie vor, dass Saddam Hussein am 11. September beteiligt war. Viele glauben, dass die Vereinten Nationen die USA beim Irak-Krieg unterstützt hätten und weltweite Unterstützung vorhanden war. Durch bestimmte Entwicklungen in den Medien – die klassischen großen Fernsehstationen haben an Einfluss verloren, die „Elite-Medien“, die Printmedien sind nur begrenzt verbreitet – wurden bestimmte Fehlwahrnehmungen befördert. Aber ich würde nicht so weit gehen, dass die Werte völlig aufgebraucht sind. Was Russland angeht und andere Staaten: Die Bush-Administration redet zwar von Demokratieförderung, aber andererseits wird eine knallharte Realpolitik verbreitet. Es ist schwierig zu beurteilen, wie groß die Bedeutung von Demokratieförderung wirklich ist. Die Demokratische Partei hatte in der Tat keine Gegenvision. Kerry hat keinen ökonomischen Populismus vertreten, den hätte Edwards vielleicht stärker vertreten können. Er musste in Bezug auf Wertefragen auf die eigene Basis Rücksicht nehmen. Und konnte nicht auf die Wähler, für die die anderen Fragen – Homo-Ehe und Abtreibung – im Vordergrund standen, zugehen. Es gab in der Tat keine Vision. Aber noch mal die Wertefrage, Karsten Voigt hat es angesprochen. In Bezug auf den Einsatz militärischer Gewalt gibt es wirklich eine transatlantische Kluft, die kaum überbrückbar ist. Da können die Stiftungen sicherlich allerlei Diskurs befördern. Jenseits der Tagespolitik und der pragmatischen Kooperation müsste es verstärkt einen Diskurs, eine Diskussion geben. Da sehe ich auf lange Sicht einen Spalt zwischen den USA und Deutschland. Das betrifft Frankreich und England eher nicht.

II. Wahlkampfthemen und Wahlverhalten

– Wohin geht die amerikanische Gesellschaft?

„Das Land ist gespalten wie vorher auch“

Von Dan Hamilton

Man sollte sich vor hysterischen Übertreibungen der Ergebnisse hüten. Es war ein Sieg für George Bush. Aber es war ein knapper Sieg. Er hat durch einen Bundesstaat gewonnen. Und in diesem Bundesstaat hat er knapp gewonnen. Er hat nicht überwältigend gewonnen, er hat knapp gewonnen, aber er hat gewonnen. Ich glaube, das ist die Tatsache, mit der sich die Demokraten abfinden müssen.

Vor vier Jahren dachten die meisten Demokraten: Sie wurden ausgetrickst, es sei nicht mit rechten Dingen zugegangen. Seitdem haben sie gedacht, sie hätten ein Recht darauf, das Präsidentenamt wieder zu übernehmen. Jetzt müssen sie sich damit abfinden, dass sie geschlagen wurden.

Die Strategie von Bush war nicht, in die Mitte zu gehen oder die Wähler aus der Mitte für sich zu erobern. Er hat die „Gerhard-Schröder-Strategie“ übernommen, das heißt, die eigene Basis und auch die etwas extreme Ecke zu mobilisieren.

Man muss aber sehen: Kerry hat die Frauen für sich gewonnen, die Minderheiten, die Städter, die Unabhängigen sowie die jungen, gebildeten Wähler und auch die Erstwähler. Bush hat die Männer für sich gewonnen, die Weißen, ländliche und religiös orientierte Wähler sowie diejenigen mit geringerem Bildungsstand.

Man muss unser parlamentarisches System verstehen. Der Kongress funktioniert nicht wie ein europäisches Parlament. Die Republikaner haben jetzt die Mehrheit im Senat und auch im Repräsentantenhaus. Aber unsere Parteien sind eigentlich nur dazu da, um Wahlen zu gewinnen. Die sind nicht organisiert wie die deutschen Parteien, die jeden Tag das politische Gespräch beherrschen. Die Senatoren sind sehr unabhängige Leute. Man muss, um Gesetze wirklich durchzubringen, im Senat 60 Stimmen haben. Das ist die Grenze für ein Filibuster, das heißt, die Gegner können den Senat quasi zum Nichtstun zwingen, wenn die andere Seite keine 60 Stimmen hat.

Die Frage ist: Wird Bush versuchen, auf die Mitte zuzugehen? Ich glaube nicht, nichts deutet darauf hin. Er hat gesagt, er hätte politisch Kapital gewonnen und möchte es jetzt auszahlen und ausgeben. Bush wird seine Agenda durchsetzen wollen. Das wird aber nicht leicht sein. Ich möchte nur sagen: Das Land ist gespalten wie vorher auch, und es ist sehr wichtig, dies im Ausland zu betonen.

Vielleicht kann ich kurz etwas zu den außenpolitischen Fragen sagen, was das für die transatlantischen Beziehungen zu bedeuten hat. Ich glaube, es nutzt wenig, dass wir einfach spekulieren.

Sprechen wir von unseren gemeinsamen Tagesordnungen. Die Frage ist doch: Werden wir es schaffen, gemeinsam zu agieren oder nicht? Ich glaube, wir haben es mit einem ganz anderen transatlantischen Verhältnis zu tun als während des Kalten Krieges oder in den 90er Jahren. Es ist wirklich eine Veränderung, und wir müssen uns damit abfinden. Die Frage ist doch, wie wir zu einem neuen transatlantischen Verhältnis gelangen, das über die Themen Teilung Europas und Stabilisierung Europas hinausgeht. Das hat die transatlantischen Beziehungen 60 Jahre lang bestimmt. 90 Prozent der Tagesordnung hatten mit dieser Aufgabe zu tun. Heute sind es vielleicht 20 Prozent unserer Tagesordnung. Die anderen befassen sich mit zwei anderen Bereichen: Was machen wir zusammen? Und: Machen wir es zusam-

men, um Problemen außerhalb Europas zu begegnen? Dort liegen die großen Herausforderungen und damit verbunden stellt sich die Frage, ob wir eine globale transatlantische Partnerschaft aufbauen können oder ob wir immer noch der alten Thematik der Stabilisierung Europas verhaftet bleiben.

Meine These ist: Die Globalisierung hat bis jetzt schnellere und tief greifendere Auswirkungen über den Atlantik hinweg als zwischen anderen Kontinenten gehabt. Das strategische Thema Nummer 1 ist meines Erachtens nicht Europa, es liegt außerhalb Europas. Irak wird wichtig sein. In gewisser Weise kann die Bundesregierung aufatmen, weil John Kerry nun nicht Gerhard Schröder anruft. Viele von uns sagen: Ein Versagen im Irak wird auch ein Versagen Europas sein. Ich nehme an, die Amerikaner werden auf sich gestellt sein und können nicht mit deutscher oder französischer Hilfe rechnen.

Die Aufgabe muss sein, die amerikanischen Truppen innerhalb einer gewissen Zeit herauszuholen, sobald eine stabile irakische Regierung im Amt ist, die fähig ist, das eigene Volk und die eigene territoriale Integrität zu sichern. Das sind die zwei Aspekte, die sehr wichtig sind. Dabei muss man bedenken, dass diese „Counter-Kräfte“ lange Zeit bleiben werden. Die USA werden mit diesen Kräften nicht alleine fertig, nach so vielen Problemen und Fehlversuchen. Das kann nur eine stabile irakische Regierung leisten.

Training, was Deutschland und die Nato in Bagdad durchführen, ist unheimlich wichtig. Clausewitz sagt: Man gewinnt nur den Krieg, wenn die Bevölkerung an sich überzeugt ist, dass es vorbei ist. So weit sind wir noch nicht. Das ist eine große Aufgabe mit vielen Schwierigkeiten.

Wir haben in anderen Konfliktregionen der Welt gesehen: Man kommt nie zu einer abschließenden Lösung. Es kommt nicht zu einem Ende der Feindseligkeiten, wenn man die regionalen Partner nicht einbezieht. In Bosnien haben wir es gesehen: Ohne Milosevic und Tudjman wäre der Dayton-Vertrag nicht zustande gekommen. Wir haben es in Afghanistan gesehen: Ohne Indien und Pakistan hätte es kein Ergebnis gegeben. Wir müssen auch hier sehen: Wir können im Irak wahrscheinlich nicht zu einem friedlichen Ergebnis kommen, wenn wir nicht Iran, Syrien und andere Partner einbeziehen. Das wird eine wichtige Entscheidung für die Bush-Regierung darstellen, ob sie bereit sind, sich zu engagieren.

Der Iran ist auch für Wahlen im Irak. Die wollen jetzt schnell Wahlen haben, weil natürlich die schiitischen Mehrheiten im Irak eher dem schiitischen Iran zugeneigt sind.

Wir müssen uns dafür einsetzen, dass die Sunniten im Irak eine Stimme haben, dass sie beteiligt sind. Das ist eine große Aufgabe. Ohne die Partner zu engagieren, wird das sehr schwierig sein.

Afghanistan ist ein weiterer Ort, wo wir gemeinsam tätig sind. Wir müssen uns bemühen, dass die Zusammenarbeit erfolgreich weitergeht.

Die anderen Krisenregionen, mit denen wir zu tun haben: Nahost und Südwestasien. Der Bundesaußenminister hat sich auch sehr dafür ausgesprochen: Wir müssen mit der jeweiligen Region eine Agenda entwickeln und ihr als Transatlantiker begegnen. Das finde ich sehr wichtig.

Es gibt ein bedeutendes Thema, das George Bush vor einem Jahr auch entdeckt hat, ein Thema, an dem wir gemeinsam arbeiten können, nämlich *effective multilateralism*. Es geht um Multilateralismus, der Wirkung zeigt und erfolgreich ist.

Europäer, die meinen, dass nur internationale Normen oder multilaterale Ansätze der richtige Weg seien, müssen erklären können: Was tun wir, wenn diese Ansätze fehlschlagen? Wenn sie wirklich nicht implementierbar sind? Wenn wir nicht zu einem Erfolg kommen?

Und Amerikaner, gerade diese Administration, die meint, solche Ansätze sind nicht wertvoll, müssen auch beweisen oder erklären können, was die Auswirkungen von Unilateralismus sind, wenn wir die Probleme dieser Welt nicht alleine lösen können.

Hier ist ein Gespräch nötig. Bush hat wenigstens zum Begriff *effective multilateralism* sein „Ja-Wort“ gegeben. Es gibt die europäische Sicherheitsstrategie und in den USA die *national security strategy*, die eine gute Basis für ein Gespräch bieten.

Das zweite große Thema: Was ist unsere gemeinsame Agenda in Europa nach der Erweiterung? Der Beitritt der Türkei ist natürlich eine Frage ersten Ranges für die EU, und die Entscheidung wird sich weiter hinauszögern. Aber die Frage bezüglich der Türkei eröffnet andere Debatten. Eure polnischen Nachbarn sagen: Die Ukraine ist weniger europäisch als die Türkei. Nach der Erweiterung müssen wir ein neues Konzept haben für die Zwischenländer Europas, die Länder zwischen der EU und Russland. Was nun? Die Wahlen in der Ukraine stehen bevor. Wir müssen gemeinsam überlegen, was wir machen, falls Juschtschenko gewinnt und plötzlich eine Ukraine mit Blick nach Westen da ist. Wenn ja, dann müssen wir bereit sein: Wie begegnen wir einem so großen Land?

Wir müssen eine neue Strategie für die Region Schwarzes Meer erarbeiten. Ich hoffe, wir machen das zusammen. Wenn wir von „Transformation des Großraums Nahost“ sprechen, dann müssen wir dafür sorgen, dass die Grenzregionen zwischen Europa und dieser großen Region stabil sind. Wir haben diese Region zu lange vernachlässigt. Diese Region in der Peripherie wird in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen. Wir müssen jetzt schon darüber nachdenken, was wir diesen Menschen sagen.

Innerhalb Europas gibt es noch viele Themen, die wir gemeinsam anpacken sollten und wo ich glaube, dass auch die USA eine Rolle spielen sollten.

Das letzte Thema führt zurück zur Annäherung unserer Gesellschaften.

Hier habe ich zwei Vorschläge, von denen ich glaube, dass auch die Bush-Regierung sie begrüßen könnte. Ich sage immer, *the odd couple* der deutsch-amerikanischen Beziehungen sind Otto Schily und John Ashcroft. Trotz ihrer spezifischen persönlichen Hintergründe kommen sie miteinander klar. Es gibt ein ernsthaftes Thema, das wir gemeinsam bearbeiten müssen: Wie schützen wir unsere Gesellschaften in dieser Ära des Terrorismus? Sind wir bereit? Was würden wir machen, wenn morgen im Frankfurter Flughafen ein Angriff mit Bio-Waffen ausgeübt werden würde? Was machen die Deutschen? Was machen die Europäer? Was bedeutet das für die Amerikaner?

Wir müssen solche Themen gewissenhaft miteinander diskutieren. Bis jetzt haben wir isolierte Erfolge gehabt, aber es gab auch Probleme wie mit den Passregelungen. Ich würde sogar behaupten: Die transatlantische Zusammenarbeit im Bereich *homeland security* hat die europäische Integration ein bisschen gefördert. Es ist schwer denkbar, dass ohne die transatlantische Zusammenarbeit ein „Eurojus“ oder ein Haftbefehl für die EU zustande gekommen wäre. Die USA haben auch in der Zusammenarbeit mit Europol die EU-Normen akzeptiert, was zum Beispiel

Datensicherung angeht. Und letztlich hat es auch beim Thema Zollabfertigungen und Grenzkontrollen Annäherungen gegeben. Personal unseres *custom service* zum Beispiel arbeitet in den großen Häfen Europas. Und innerhalb dieser Vereinbarung kann die EU auch ihre Leute in unseren Häfen stationieren und nach EU-Recht überprüfen, was nach Europa kommt.

Beim Thema *homeland security* besteht die Möglichkeit – und es ist dringend –, dass wir das transatlantisch organisieren.

Um noch einmal auf das Thema Wirtschaft zurückzukommen. Die wirtschaftliche Integration schreitet voran. Viele deutsche Bundesländer sind abhängiger von den USA und ihrer Wirtschaft als je zuvor. Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen investieren mehr in den USA als in den übrigen EU-Ländern außerhalb Deutschlands; da gibt es unglaubliche Statistiken. Es gibt mehr Investitionen aus Europa in Texas, Bushs Heimatstaat, als US-Investitionen in Japan und China zusammen.

Wir reden alle von Asien und den *big emerging markets*; aber amerikanische Firmen haben im letzten Jahr zweieinhalb Mal so viel in ihrem Land investiert wie in China. Wir sind füreinander immer noch der wichtigste Markt. Und gerade in einer *knowledge economy*, wo Firmen dort investieren, wo sich *knowledge* befindet und nicht nur billige Arbeitskräfte. Das ist auch die Zukunft. Alle Statistiken belegen diesen Trend. Wir müssen darauf achten, dass die Friktionen, die wir haben – Handelsfriktionen: Boeing – Airbus, Bananen, Rindfleisch und andere Waren, die insgesamt nur ein bis zwei Prozent der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen ausmachen –, nicht die Schlagzeilen bestimmen und die politische Energie aus neuen Initiativen in der transatlantischen Wirtschaftspolitik saugen. Ich würde sogar sagen, die Lissaboner Agenda in Europa hat keine Chance, wenn sie danach trachtet, die USA zu überholen. Es muss auch einen transatlantischen Aspekt geben zu Lissabon. Es geht um *knowledge economies*. Wir sind jetzt miteinander so verflochten – es ist kaum denkbar, dass wir Wachstum erzielen, dass wir Möglichkeiten für unsere Leute haben, ohne an den anderen Kontinent zu denken.

Die Politik wird hier sehr viel bestimmen. Ich bin der Meinung, wir können diese Herausforderungen nur gemeinsam begegnen. Es wird sich zeigen, ob andere auch dieser Meinung sind.

Diskussion (Auszüge)

Peter Siller: Herr Hamilton, lassen Sie mich einige Fragen aus dem vorherigen Panel nochmals an Sie richten. Eine Frage, die wir diskutiert haben, war: Was ist in den nächsten Jahren von Bush zu erwarten? Wird er seinen Kurs korrigieren? Die Möglichkeit hätte er ja. Immerhin muss er nicht noch mal gewählt werden; außerdem ist die Legitimation für ihn jetzt stärker als vor vier Jahren. Was denken Sie darüber? Wir haben über die Rolle Europas gesprochen – auch in den transatlantischen Beziehungen. Da war die These: Europa hat jetzt noch mehr die Chance, ein gewisses eigenes Gewicht – kein Gegengewicht, aber ein Gewicht – zu entfalten. Wir haben über die Bedeutung der Religion in den USA gesprochen und haben uns gefragt, ob möglicherweise eine solche Religionsdebatte auch in Europa auf uns zukommen könnte. Wir haben gefragt: Wie geht es im Iran weiter? Und wir haben schlussendlich die Frage gestellt, inwieweit die Stärke der Republikaner und der Konservativen in den USA möglicherweise auch auf einer gravierenden Schwäche der Demokraten im Wahlkampf beruht, weil sie es nicht geschafft haben, eine eigene Vision zu entwickeln, die sie Bush hätten gegenüberstellen können.

Dan Hamilton: Ich habe schon angesprochen, ob Bush irgendeine Wende macht. Ich glaube eher nicht. Manche ziehen einen Vergleich zu Ronald Reagan und seiner zweiten Amtszeit. Dabei muss man aber bedenken: Es gibt keinen Gorbatschow. Es war einfacher für Reagan, sich zu ändern, weil es wirklich ernsthafte Änderungen auf der anderen Seite gab. Und im Moment sind wir nicht in solch einer Situation. Ich glaube eher, es ist wichtig, auf die Gemeinsamkeiten zu bauen und eine positive Agenda auszuarbeiten, eine neue Flanke in den transatlantischen Beziehungen aufzumachen, die von beiden Seiten positiv bewertet wird, und dies dann ernsthaft zu verfolgen. Deshalb spreche ich noch einmal die Themen wirtschaftliche Integration und *homeland security* an. Ich glaube, das sind ernsthafte Themen, die wir bis jetzt nicht ausreichend und systematisch genug erörtert haben. Wir haben beide ein Interesse, das zu tun. Aber die anderen Probleme werden bleiben. Die Frage der Religion: Man darf das nicht überbewerten. Ich meine, die ersten Amerikaner haben Europa wegen der Religion verlassen. Es ist eine lange Geschichte – die Rolle der Religion in unseren Beziehungen. Ich möchte es nicht übertreiben. Man muss ganz klar sehen: Es gab in zehn oder elf Bundesstaaten, gleich wenn man das Wahllokal betrat, zusätzlich zur Frage: Wen wählst du zum Präsidenten? eine weitere Frage, zur Homo-Ehe zum Beispiel. Die Frage hätte eigentlich nicht wegen der Verabschiedung eines Gesetzes gestellt werden müssen, es war einfach eine Meinungsfrage. Bin ich dafür oder dagegen, und wen wähle ich zum Präsidenten? Das hat in einem Bundesstaat wie Ohio vielleicht die ersten 10 bis 15.000 Stimmen gebracht. Aber lasst uns nicht übertreiben. Homo-Ehen sind, soweit ich weiß, auch in fast allen europäischen Ländern gesetzlich nicht erlaubt – unter diesem Begriff. Auch die Frage von *partial birth abortion*, späte Abtreibung, ist nicht einheitlich geregelt in Europa. Beides sind große Debatten. Es gibt eben keine einheitliche amerikanische Antwort auf diese Fragen, genausowenig wie in Europa.

Der Konflikt mit Iran wird, glaube ich, ein wichtiger erster Test für die europäisch-amerikanische Zusammenarbeit. Es hängt sehr davon ab, was die Iraner jetzt machen bezüglich der europäischen Forderungen. Ich bin skeptisch, ob die Iraner

wirklich zu Zugeständnissen bereit sind. Noch mal zum Thema *effective multilateralism*: Was macht ihr – Europa –, wenn Iran nein sagt zu den Vorschlägen und einfach so weitermacht? Es gibt durchaus Schwächen in der Demokratischen Partei. Ein Komödiant sagte einmal: Ich gehöre keiner organisierten Partei an, ich bin Demokrat. Das bedeutet, die Demokraten sind dafür bekannt, dass sie zerstritten sind. Unsere Parteien kann man nicht mit den europäischen Parteien vergleichen. Sie existieren praktisch nicht zwischen den großen Wahlen. Sie sind überall sehr unterschiedlich. Ein paar Sachen sollte man sich merken: Wir haben in den letzten dreißig Jahren – mit Ausnahme von George Bush senior – nur Gouverneure der Bundesstaaten zu Präsidenten gewählt. Nur sie haben das höchste Amt erreichen können. Der letzte Senator, den wir gewählt haben, war John F. Kennedy Anfang der 60er Jahre. Das ist schon mehr als vierzig Jahre her. In Deutschland ist das ähnlich. Man wählt jetzt die Ministerpräsidenten zum Bundeskanzler, nicht Abgeordnete aus dem Parlament. Im Nachhinein sollte man sich natürlich fragen, ob zwei weiße Männer der Ostküste wirklich das ganze Land für sich hätten gewinnen können und ob Kerry nicht besser beraten gewesen wäre, jemanden von der Westküste oder aus dem Süden als Vizekandidaten zu präsentieren. Letztlich, das Problem von Kerry war – ich erwähnte es im Vergleich zu Bill Clinton: Bill Clinton hat etwas Persönliches, Menschliches rüberbringen können. Auf Englisch sagen wir: “He felt your pain”. John Kerry muss sich sagen lassen: “He didn’t feel your pain”. Er war zu kühl. Er hat nichts Emotionales rübergebracht. Es gibt verschiedene Aspekte. Aber das bedeutet nicht, dass wir plötzlich eine andere Nation geworden sind und dass wir plötzlich vereint hinter diesem Präsidenten stehen. Die Spaltungen werden bleiben.

Peter Rudolf: Mir ist nicht ganz klar, ob wirtschaftliche Verflechtung, wachsende Globalisierung, politische Konflikte abfedern, dämpfen, neutralisieren können. Das setzt ja voraus, dass die wirtschaftlichen Interessengruppen entsprechenden Einfluss nehmen. Ich bin nicht ganz sicher, ob das in diesem Fall wirklich so wahrscheinlich ist. Wir haben den Irak-Konflikt gehabt. Da haben die wirtschaftlichen Gruppen zwar Annoncen in den Zeitungen geschaltet und um Verständnis geworben, aber sind wirtschaftliche Interdependenzen wirklich konfliktdämpfend? Und zur Frage Iran: Können die Europäer dem Iran wirklich etwas Ernsthaftes anbieten? Da müssen die USA Anreize bieten. So ist die Situation doch, dass der Iran keinerlei Anreiz hat, Zugeständnisse zu machen, solange die USA, solange sich diese Administration nicht bewegt.

Ulrike Guerot: Sie haben gesagt: Die transatlantischen Beziehungen sind nicht mehr so, wie sie waren. Was mich ein bisschen stört in der Diskussion, ist, dass wir das immer wieder sagen, aber eigentlich keine Konsequenzen ziehen. Wir müssen diesen Satz ernster nehmen. Es ist nicht mehr so, wie es war. Ernster nehmen heißt tatsächlich, dass wir uns in Diktion, Rhetorik, aber wahrscheinlich auch im institutionellen Gefüge der transatlantischen Beziehungen etwas einfallen lassen und zwar eine Umstrukturierung der Beziehungen, die im Grunde genommen darauf hinauslaufen müsste – ich sage es mal salopp –, dass die Amerikaner nicht mehr *balancing power* in Europa sind. Und zwar weil die Europäer das wahrscheinlich immer weniger wollen und wir daher die Kooperation nun auch anders strukturieren müssen. Ich war vor zwei Wochen in Washington. Da hat ein Brite auf der

Konferenz gesagt: “You know, a well-managed divorce is better than a couple that shouts at each other.” Ein altes Ehepaar braucht auf jeden Fall zwei Fernseher und zwei Fernbedienungen. Ich fand das richtig gut, und mein Plädoyer ist: Wir sollten alle zusammen konstruktiv darüber nachdenken, was der Satz bedeutet: Es ist nicht mehr so wie früher.

Das zweite: Multilateralismus. Ich war ziemlich verärgert, wie die Bush-Administration, die alte und jetzt die neue, mit der „Initiative der Drei“ in Europa bezüglich Iran umgegangen ist. Das war relativ verächtlich, was da als US-Reaktion gekommen ist. Ich hätte mir gewünscht, dass diese Initiative wenigstens eine Chance bekommt.

Europäische Agenda: Was meine ich damit? *Black Sea*, die Schwarzmeerregion z. B., da kann man in Europa darüber streiten, ob das zu Europa gehört, zumal wenn ich Europa als Europäische Union definiere. Das gehört natürlich irgendwie zu Europa. Aber wenn ich den Blickwinkel der EU habe, gehört die Schwarzmeerregion nicht dazu. Zumindest steht sie auf der Prioritätenliste nicht ganz oben. In der Diskussion wird oft übersehen, dass es tatsächlich eine Absorptionsgrenze gibt; die schwappt uns schon mit der Türkei mehr als um die Ohren. Von der Ukraine ganz zu schweigen und von allen anderen Ländern, die auf der Warteliste stehen. Wenn das zu sehr von der amerikanischen Agenda diktiert wird, was die EU zu tun hat und wen die EU möglicherweise aufzunehmen hat und wann das zu geschehen hat, was bei der Türkei-Diskussion der Fall war – ich bin für die Türkei in Europa, um das klarzustellen –, dann kriegen wir auch hier ein transatlantisches Problem. Wenn sich bei den Europäern das Gefühl einstellt, dass die Länder Aserbaidschan, Armenien und so weiter in die Nato kommen, um dann über die Nato sozusagen ein Schlupfloch für die EU zu bekommen, dann haben wir in Europa ein Problem, denn dies würde viele innenpolitische Aspekte nicht berücksichtigen.

David Crawford: Ich stimme damit überein, dass man den Erfolg von George Bush nicht übertreiben soll. Ich finde, dass man ihn nicht mit Gerhard Schröder vergleichen kann. Ich sehe im Grunde sehr wenig Unterschiede zwischen ihrer Position zu Irak und der der Bush-Administration. Es werden Strategien entworfen, die alle irgendwie beinhalten, dass man mehr Militär braucht – ob es europäisches ist, ob es amerikanisches ist, ob es von den Deutschen auszubildendes ist oder von irakischen Sicherheitskräften. Ich vermisse die Bereitschaft in der deutschen und europäischen Politik, die eigentlichen Probleme anzupacken: Was bewegt die Leute? Was sind die eigentlichen Probleme im Land, die gelöst werden müssen? Sie hatten die Probleme in Osteuropa angesprochen und die Ukraine. Wenn ich nach Osteuropa schaue, sehe ich Riesenerfolge infolge der EU-Erweiterung, was Sie nicht unbedingt begrüßen, so wie ich das verstanden habe. Aber Sie sagen wenigstens, dass, wenn es zu groß wird, es keine gemeinsamen Werte mehr geben wird. Aber gerade diese Anziehungskraft der EU ist ein unglaublicher Motor für die Demokratisierung anderer Länder. Und das Gefühl, das vermittelt wird, dass auch sie dabei sein könnten. Das ist ein Beweggrund für politische Änderungen auch in Ländern wie der Türkei. Ich glaube, dieser europäische Ansatz hat in der Türkei mehr bewegt als die amerikanische Politik in der Türkei in den letzten Jahren. Man muss wirklich überlegen, welche neuen Ansätze man einsetzen kann, um bei Problemen Erfolg zu haben.

Dan Hamilton: Ich bin der Meinung von Herrn Crawford in Sachen Iran. Ich habe versucht zu schildern, was diese Regierung jetzt denken muss und denken wird nach dieser Wahl. Ich finde, dass wir institutionell hier ein großes Problem haben. Wir haben eine strategische Kultur, die nur daran denkt, wie man Konflikte mit militärischen Mitteln lösen kann, ohne daran zu denken, dass die Situation nach dem Krieg wieder instabil sein wird. Wir sind als Land unfähig, das anzupacken. Wir geben 400 Milliarden Dollar aus für unsere Verteidigung und 13 Milliarden für die zivilen Rekonstruktionen nachher. Das müssen wir ändern. Das hat John Kerry, möchte ich hinzufügen, ständig gesagt. Aber er wurde nicht gewählt. Die Frage ist: Können wir das trotzdem jetzt anpacken? Da muss man sich die Senatoren anschauen: John McCain, Richard Lugar und andere. Diese Republikaner sind derselben Auffassung. Man kann nur hoffen, dass ihr Einfluss nach so vielen Fehlschlägen im Irak etwas bringt. Es gibt Vorschläge, um diese Kluft zwischen militärischen Mitteln und zivilen Möglichkeiten zu überbrücken. Hier hat die EU Möglichkeiten. Die EU hat diese Kapazitäten. Die sind für uns eher interessant in zivilen Bereichen, nicht im militärischen Bereich. Aber Polizeireserve, Leute mit ziviler Ausbildung, diese Fragen sind sehr interessant, und man sollte das den Amerikanern gegenüber betonen. Aber Irak wird ein Problem sein; kein Zweifel. Es gibt noch einen Unterschied, wie wir auf beiden Seiten des Atlantiks Probleme anpacken. Ich sage oft salopp: Die Europäer denken immer zuerst an die Institutionen. Wie strukturieren wir, wie organisieren wir die Prozesse? Das ist europäisch, das macht man innerhalb der EU, diese Netzwerke bilden. Die Amerikaner denken nicht so. Die verstehen euch gar nicht, wenn ihr mit Institutionen anfangt. Man kommt am Ende zu den Institutionen, nachdem man Problemlösungen und inhaltliche Fragestellungen besprochen hat. Ich war vor ein paar Wochen in Berlin und habe eine Rede des Kanzlers zur Außenpolitik gehört. Die ganze Rede spielte sich in diesem Rahmen ab. Das war an sich nichts Problematisches. Nur, er hat die ganze Zeit über die Beziehungen gesprochen: USA, EU, Russland. Die Probleme hat er nicht angesprochen, sondern nur gesagt: Unsere Priorität ist: Beziehungen zu pflegen. Das ist gut. Aber die Amerikaner verstehen diese Argumentation einfach nicht, andere Europäer womöglich auch nicht. Ich glaube, es ist sehr deutsch, so zu sprechen. Wir kommen zu den Institutionen. Aber wenn wir wenig miteinander zu tun haben, nutzen auch die Institutionen wenig. Es mag sein, dass wir alle wenig Fantasie haben. Ich finde, die entscheidenden Themen für unsere Beziehungen betreffen nicht Europa. Was machen wir mit China? Wie ist es mit Indien und Pakistan? Wie ist es mit Iran? Wir sind, wie Ulrike Guerot zu recht sagt, nicht organisiert genug, um diese Themen gemeinsam in einem transatlantischen Kontext anzusprechen. Ich möchte die Problemlage analysieren und dann sagen: Wie organisieren wir uns transatlantisch für eine globale Partnerschaft? Es müssen andere Leute integriert werden. Ein kleines Beispiel: Der Staatssekretär für Ostasien im State Department muss ab und zu gezwungen werden, nach Brüssel zu fliegen, um mit der EU überregionale Gespräche zu führen. Da kommt dieser Mann, der nicht versteht, warum er nach Brüssel fliegt, in ein Zimmer. Ihm gegenüber sitzen drei Personen: u.a. der EU-Präsident und ein Vertreter der Kommission. Die Kommission flüstert ein bisschen ins Ohr des Präsidenten. Dann sitzt da noch der nächste Präsidentschaftskandidat da, ohne etwas zu sagen. Die haben alles im voraus besprochen, damit es eine Einheit innerhalb der EU gibt. Und so verläuft das ganze Gespräch. Aber das ist kein Gespräch,

sondern ein Austausch von abgeklärten politischen Positionen. Dann fliegt der *Assistant Secretary* wieder nach Washington und fragt sich: Warum war ich überhaupt dort? Das war kein strategischer Dialog. Wir sollten nicht so viel über die Form des Dialogs sprechen, sondern über Inhalte und ob wir uns überhaupt verständigen können. Deswegen sage ich: Viel hängt von Europa ab, ob wir ein ernsthaftes Gespräch führen. Ich glaube, niemand in den USA fürchtet sich vor einem zu starken Europa. Das ist hier wenig im Gespräch. Das Thema wird, wenn ich das sagen kann, in Europa als Ausrede benutzt, damit die Europäer ihre eigenen Probleme nicht anpacken müssen. Dass die Amerikaner gegen ein zu starkes Europa sind, das ist ein Argument, das ich in Europa oft höre, wenn ich mich in innereuropäischen Kreisen bewege. Niemand in den USA versteht das. Wir haben eher Angst vor einem zu schwachen Europa. Damit haben wir Tragödien erlebt in den letzten hundert Jahren. Die Gefahr ist, wenn Europa so weitermacht, ohne die eigenen Probleme zu meistern, dass die ganze Energie nur nach innen gerichtet wird. EU-Verfassung – wird das ein Erfolg? Ihr werdet so viel Zeit damit verbringen – bleibt Zeit für die Welt übrig? Das hat Ulrike Guerot gesagt. Sie kann sich kaum vorstellen, dass man über die Ukraine oder das Schwarze Meer nachdenkt. Leute, es kommt auf uns zu – ob wir bereit sind oder nicht. Wo hören die Grenzen Europas auf einem Kontinent ohne Grenzen auf? Ist es klug zu sagen: Wir schließen die Türen, ihr gehört nicht zu uns? Auf einem dynamischen Kontinent mit einer offenen Zukunft sollte man offen sein. Man kann jetzt nicht sagen: Alle sollen sofort kommen. Aber wie David Crawford sagte: Dieser magnetische Impuls der Erweiterung – nicht nur die EU, auch die Nato betreffend – ist vielleicht der größte Reformerfolg in den letzten Jahren in Europa gewesen. Wir haben Feindschaften in Freundschaften umgewandelt. Wir haben tausendjährige Feindschaften in neue Partnerschaften umgewandelt. Neue Kräfte, energische Kräfte sind in die EU, aber auch in die Nato gelangt. Es ist ein Erfolg ohnegleichen. Es ist der größte außenpolitische Erfolg der EU in ihrer Geschichte. Die Zwischenländer Europas haben keine Identität, keine Rolle. Sie wissen nicht, zu wem sie gehören. Wir müssen das – zusammen, hoffe ich – anpacken. Aber wie ich sagte: Die außereuropäische Agenda ist da. Sind wir bereit, das gemeinsam anzupacken? Oder sind wir eigentlich so mit uns selbst beschäftigt, dass wir keine Zeit für diese gemeinsame Agenda haben? Das sind meine Fragen.

III. Anhang
Analysen und Zahlen zur US-Wahl 2004

Der ungeliebte Sieger

Von Josef Joffe

Fast wäre John F. Kerry im Finish davongezogen. Deutlich im Rückstand wie Schröder hinter Stoiber 2002, begann er vier Wochen vor der Wahl aufzuholen – bis zum Gleichauf. Und dann das sicherste Omen: Nach 86 fluchbeladenen Jahren katapultierten sich die Boston Red Sox, Kerrys Heimteam, in die Baseball-Meisterschaft – zum ersten Mal seit 1918! Dieser Fingerzeig musste bedeuten: Bye-bye, Bush II., es lebe JFK II., trägt doch Kerry dieselben Initialen wie John F. Kennedy.

Die Haruspexe lagen abermals falsch, die Götter grinsen. Und die Europäer sind bitter enttäuscht. George W. Bush bleibt Präsident, das meldeten am Mittwochmorgen nach der Wahl die ersten US-Nachrichtensender. Der Familienfluch, der ihn zu erdrücken schien, ist in letzter Minute verflogen. Der erste Bush hatte ebenfalls einen Irak-Krieg gewonnen, doch versank der Sieg in der Rezession. Gerade weil der Krieg vorbei war, konnten die Amerikaner wieder nach Kontostand wählen, und der gab den Ausschlag für Bill Clinton.

Des Sohnes Sieg ist umso erstaunlicher, als er eigentlich ins texanische Crawford hätte verbannt werden müssen, um von dort sein liebstes Amt anzustreben: das des Baseball-Commissioners. Der ist in Amerika noch machtvoller als in Deutschland DFB- und NOK-Chef in einem. Für George W. Bushs Abgang sprachen drei klassische Gründe.

Krieg: Der Sieg von 2003 lässt keinen Frieden erblicken. Über tausend Tote ließen sich noch verkraften, nicht aber ein Dauerkrieg gegen unsichtbare Feinde, die systematisch die demokratische Zukunft des Iraks zerschlagen, indem sie deren Träger – Beamte, Polizisten, Soldaten – ermorden. Dass sich W. bei den Waffen – wie sämtliche Geheimdienste des Westens – geirrt hatte, mochte ihm das Wahlvolk noch verzeihen. Aber einen fruchtlosen, frustrierenden Krieg in einem fernen Land, das Amerikas Sicherheit nicht bedroht?

Wirtschaft: Das ökonomische Omen für den zweiten Bush war zwar längst nicht so böse wie für den Vater 1992, aber nicht freundlich genug. Die Wirtschaft wächst zwar mit 3,8 Prozent schneller als jede andere (außer der chinesischen). Doch nicht schnell genug: Noch immer gibt es heute weniger Arbeitsplätze als zu Bushs Amtsantritt im Januar 2001. Dass sich unter Bush ein Haushaltsüberschuss von 2,4 Prozent des Sozialprodukts in ein Defizit von vier Prozent verwandelt hat, sprach ebenso gegen Bush II. wie der sinkende Dollar-Kurs und der explodierende Ölpreis.

Die Person: Bush hat zwar, anders als Kerry, eine Vision und eine Überzeugung, aber er kann sie nicht ausdrücken. Freundlich umschrieben: Seine Stärke ist die rasche Entscheidung wie im Afghanistan- und Irak-Krieg, nicht aber die Redegewalt eines Churchill. Warum dieser Krieg? Warum dieses Horror-Defizit, warum ein 40-Prozent-Plus bei den Staatsschulden? Und wo ist die Morgenröte? Beim Papa mangelte es am „vision thing“, beim Sohn an der Überzeugungskraft. Und doch, trotz all dieser Mühlsteine, die eigentlich für zwei Niederlagen gereicht hätten, darf W. weiter mietfrei im Weißen Haus bleiben. Warum? Und was bedeutet sein Sieg?

Bushs beste Verbündete waren die beiden K: Kerry und, trotz aller Zweifel, der Krieg. Kerry sah zwar aus wie die ideale Präsidentenbesetzung, war auch debattenfester als Bush, aber die Leute haben längst gelernt, dass auf Wahlkampf-Rhetorik

kein Verlass ist. Sie suchten die Berechenbarkeit und Vertrauenswürdigkeit, die ihnen der abgehobene, allzu geschmeidige Kerry nicht vermitteln konnte. Zu oft hat er seine Positionen vertauscht oder verschleiert. Er hatte gegen den ersten Golfkrieg gestimmt, obwohl der von einem UN-Mandat und einer weltweiten Koalition abgesegnet worden war, dann aber für den zweiten votiert, obwohl dem beide Gütesiegel fehlten. Und jetzt? Kerrys Standard-Floskel lautete: „Falscher Krieg am falschen Ort zur falschen Zeit.“ Gleichwohl ließ sich seine Position kaum von der bushistischen unterscheiden – so wenig sogar, dass Bush lästerte: „Er schlägt genau das vor, was wir schon machen.“ Die Wähler haben es Kerry nicht abgenommen, dass er die europäischen Kriegsgegner in den Irak-Krieg ziehen könnte; sie sind schlau genug, um zu wissen, dass Berlin und Paris nicht die Gefolgschaft verweigert haben, weil Bush so ein Ekel ist.

Krieg und Terror: Die Amerikaner haben nur einmal einen Präsidenten im Krieg ausgewechselt – Truman gegen Eisenhower, 1952 während des Korea-Krieges. So schlecht es im Irak auch läuft, glaubten die Wähler nicht, dass Kerry der bessere Kriegsherr sei. In den Umfragen haben sie immer wieder bekundet, dass sie dem Präsidenten im Anti-Terror- wie im Irak-Krieg mehr zutrauen als seinem Herausforderer – obwohl sie Letzterem die bessere Wirtschaftspolitik zuschrieben (wie 1992 auch Clinton gegenüber Bush senior).

Und der europäische Wähler? Er hätte gewiss zu 80 Prozent für den Ostküsten-Grandseigneur Kerry gestimmt, aber nun muss er es weitere vier Jahre mit dem ungeliebten, ja verhassten Bush aushalten. Nur einen schwachen Trost gibt es: Im Ton, im Stil hätte sich Amerikas Außenpolitik zwar unter Kerry verbessert, aber kaum in der Substanz. Auch ein anderer Wahlausgang hätte nicht an den beiden Hauptgründen der Entfremdung gerüttelt: an dem wachsenden Machtgefälle und dem alles überragenden Gefühl Amerikas, Hauptziel des islamistischen Terrors zu sein. Die Bedrohung erfordert ein anderes Verhalten, als es die Europäer auf ihrem friedvollen Kontinent gewöhnt sind, der gewaltige Machtvorsprung Amerikas scheint just die Alleingänge zu erlauben, die den Europäern solch ein Gräuelfeld sind. Kerry oder Bush – Amerika bleibt die eine und einzige Supermacht.

Wird die zweite Amtszeit einen freundlicheren Verlauf nehmen als die erste? Mag sein, dass Bush Don Rumsfeld, den Herrn der Sprüche, auswechselt, vielleicht sogar gegen den jetzigen Außenminister Colin Powell. Aber es hieße, den Wesenskern von W. zu missdeuten, ihm jetzt Läuterung statt nur Ernüchterung zu unterstellen. Bush ist nicht der Mann, der Reagan war – der antikommunistische Eisenfresser, der sich in der zweiten Amtszeit zum Engros-Abrüster und Gorbatschow-Freund mauserte.

Und doch müssen wir uns wünschen, dass Bush aufhört, Bush zu sein. Das heißt: weniger hochfahrend und selbstgerecht, mehr zu- und hinhörend, und zwar im ureigenen Interesse. Denn was immer Amerika in den nächsten vier Jahren anstrebt, erfordert verlässliche, hilfsbereite Freunde, und die wünschen nicht nur ein offenes Ohr, sondern auch Respekt. Wie sonst will Bush das iranische und nordkoreanische Atomwaffenprogramm stoppen, den Dollar retten, den Terror besiegen, das irakische Demokratieprojekt – das auch in Europas Interesse ist – vor der Blutrünstigkeit seiner Feinde bewahren? Wenn Bush aber nicht auf Europa ein- und zugehen will, sollte er dem eigenen Volk aufs Maul schauen. Das wünscht sich merkwürdigerweise laut einer allerjüngsten Umfrage mit 87 zu 9 Prozent, dass

Amerika „mit den UN zusammenarbeitet, um internationale Gesetze gegen den Terrorismus zu stärken“.

Zudem: Jede andere Umfrage hat bestätigt, dass die Amerikaner am liebsten zusammen mit einer Vielzahl von Verbündeten in einem Boot säßen, um welchen Sturm es sich auch immer handeln mag. Auch die größte demokratische Macht auf Erden will nicht allein sein. Kerry hat es geahnt, Bush muss es noch immer lernen.

Die Vereinigten Halbnationen

Von Thomas Kleine-Brockhoff

Wer die Präsidentschaftswahl im Fernsehen verfolgt hat, konnte dank moderner Grafiken zwei Amerikas sehen. In Rot: Bush-Land. In Blau: Kerry-Land. Jeder Bundesstaat in der Farbe des jeweiligen Siegers. Doch die Farbflächen verteilen sich nicht wie mit dem Zufallsgenerator erzeugt über den Kontinent. Die Wähler beider Kandidaten wohnen in zusammenhängenden Großregionen. Als gäbe es zwei Staaten, der eine von George Bush regiert, der andere von John Kerry. Wähler der Demokraten mögen Wasser. Sie leben an den Küsten und an den großen Seen. Wähler der Republikaner lieben die Weite. Sie wohnen im Landesinneren – in den Südstaaten, in den Rocky Mountains oder im Getreidegürtel.

Die Farbverteilung in der Wahl-Grafik ähnelt jener des Jahres 2000 zum Verwechseln. Dieselben Staaten im selben Farbkostüm, jedenfalls beinahe. Versteinert scheint die politische Landschaft Amerikas dazuliegen: Blau gegen Rot, links gegen rechts, Küste gegen Landeskern, Stadt gegen Land, Kerry gegen Bush. Das rote Amerika ist größer, das blaue dichter besiedelt. Fein säuberlich in Halbnationen geteilt, lassen sich kaum neue Mehrheiten finden. Zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte fällt die Entscheidung bei zwei Wahlen hintereinander erst im Fotofinish. Über den Präsidenten wird in den paar Staaten entschieden, die eigentlich violett sein wollen, sich aber zwischen Rot und Blau entscheiden müssen. Vier Jahre nach dem dramatischen Finale in Florida wird diesmal Ohio zum alles entscheidenden Staat. Am Ende bleibt alles beim Alten. Ohio und Florida bleiben rot, George Bush bleibt Präsident, das Land bleibt polarisiert. Nicht nur zwei Kandidaten standen zur Abstimmung, sondern zwei Weltsichten. Der Kolumnist Harold Meyerson nennt es einen „Zusammenprall der Kulturen“.

Der „rote Amerikaner“ ist nach der Typologie der Demoskopien ein wenig älter als der Schnitt und verheiratet. Er gehört meist keiner Gewerkschaft an, liebt Machosportarten und besitzt eine Schusswaffe. Er wohnt auf dem Land oder in der Kleinstadt. Der „blaue Amerikaner“ ist eine Frau, lebt in der Großstadt oder in einem Vorort, ist jünger als der Schnitt, gut ausgebildet und findet ethnische Vielfalt erstrebenswert oder zählt selbst zu einer Minderheit.

Vor allem trennt beide Lager das Verhältnis zur Religion. Nach Umfragen, die der Demoskop John Zogby präsentierte, gehen 54 Prozent der Wähler in den Bush-Staaten wöchentlich mindestens einmal in die Kirche, aber nur 32 Prozent der Wähler in den Kerry-Staaten. Es ist demnach nicht zuletzt ein religiöses Schisma, das sich an der Wahlurne zeigt. Zwar wünschen sich Mehrheiten in beiden Landesteilen, der Präsident möge gläubig sein, und zwar 75 Prozent in den Bush-Staaten und 51 Prozent in den Kerry-Staaten. Aber in den Befragungen geben beide Halbstaaen ein unterschiedliches Gottesverständnis zu Protokoll. In den roten Staaten glaubt die große Mehrheit „an einen guten Gott, der über das Böse triumphiert“ und es „bestraft“. Den eigenen Glauben beschreiben diese Wähler im Vokabular moralischer Absolutheit. Hingegen sei in den blauen Staaten, sagt Zogby, „moralischer Relativismus“ zu Hause. Dort zeichneten die Wähler einen „liebenden Gott“, der auch „Sünder liebt“, der dem Prinzip des „leben und leben lassen“ folgt.

So tief ist die Kluft zwischen den beiden Amerikas, dass sich auch die Lebens-

und Konsumwelten voneinander entfremden. Im Alltag entstehen Paralleluniversen. Der Soziologe und Journalist David Brooks hat sie seziiert. In seinem Essay *One Nation, Slightly Divisible* beschreibt er, wie er als Bewohner des dunkelblauen Washington in eine mysteriöse, rote Welt aufbricht. Er besucht ein Land, in dem es andere Geschäfte und andere Institutionen gibt: „Überall Kirchen und thailändische Restaurants. Die Leute spielen Bowling und gehen jagen. Im blauen Amerika haben wir den öffentlichen Rundfunk, gediegene Präsidentschaftshistoriker und sozialpolitisch bewusste Investmentfonds. Im roten Amerika sind die Wal-Marts monströs und die Parkplätze so groß wie andernorts die Naturparks. Im blauen Amerika sind die Läden klein, aber die Preisaufschläge riesig.“

Brooks wohnt in einem Vorort, wo die Demokraten mehr als 60 Prozent der Stimmen holen. Das Durchschnittseinkommen beträgt mehr als 100.000 Dollar im Jahr. Die Nachbarn sind Anwälte, Ärzte oder Aktienhändler. Die Häuser haben Garten und Doppelgarage. Die Menschen fahren importierte Autos, gern Volvo oder VW. Sie essen importierten Käse, gern aus Frankreich, und trinken importierten Sprudel, gern Gerolsteiner. Das alles kaufen sie in einem Bio-Supermarkt, dessen Qualität die Frischwarenabteilung des Berliner KaDeWe mühelos hinter sich lässt. Das wichtigste Merkmal demokratischer Einflusszonen sind allerdings Filialen von Starbucks-Kaffeehäusern. Linke sind Genussmenschen. Das haben sie aus Italien mitgebracht. Kerrys Amerika heißt deshalb Latte-Land und ist, schreibt Brooks, „eine riesige Espresso-Maschine“.

Wer nach Bush-Land will, muss die Latte-Linie überqueren: Jenseits gibt es nur noch Brühkaffee. Die meisten Bewohner des blauen Amerikas tun sich das selten an. „Einige von uns“, schreibt Brooks, „vermögen einen Fundamentalisten nicht von einem Evangelikalen zu unterscheiden. Wir haben keine Ahnung, wie man mit einem Gewehr schießt oder es auch nur säubert. Wir erkennen auf dem Feld keine Soja-Pflanze und an der Uniform eines Offiziers nicht seinen Dienstgrad.“

Natürlich ist die farbige Wahlkarte eine Vergrößerung. Wer eine Lupe nimmt, erkennt innerhalb der meisten Bundesstaaten rote wie blaue Sektoren, meist übereinstimmend mit Stadt und Land. Wo eine Balance entsteht, werden die Staaten zu Schlachtfeldern, „battleground states“ genannt. Dort ist die Entscheidung gefallen. Beispiel Pennsylvania: Eigentlich ein blauer Kernstaat mit den Metropolen Pittsburgh im Westen und Philadelphia im Osten, tut sich dazwischen eine gewaltige Fläche platten Landes auf. Wenige Stimmen entscheiden am Ende. Hier gewinnt am Ende Kerry. Beispiel Florida: Eigentlich ein roter Südstaat, doch verändern Migration und Urbanisierung die Zusammensetzung der Bevölkerung und machen ihn langsam zum blauen Küstenstaat. Hier gewinnt am Ende Bush.

Die Wahl hat gezeigt, dass die Zahl solcher Staaten klein ist. Rundherum entsteht eine „Patchwork-Nation“, wie Jim Gimpel schreibt, Politologe an der University of Maryland. Nach seiner Beobachtung weichen heterogene Gemeinden gleich denkenden Eilanden. Die Zeitung *Austin American-Statesman* hat jüngst Fotofinish-Wahlen der Vergangenheit vergleichen lassen. Danach wohnten im Jahre 2000 doppelt so viele Wähler wie 1976 in Wahlkreisen, in denen der eine Kandidat den anderen entscheidend schlug. Das bedeutet: Die Amerikaner suchen – Familie für Familie – die politische Segregation.

Die Diskrepanz der Lebensverhältnisse erzeugt Vorurteile. Für viele Bewohner von Los Angeles oder New York liegen dazwischen sechs Stunden Überflugszone.

Und am Boden vermuten sie Kreaturen, die zu dick sind und zu enge Hosen tragen, die mit Knarren und Gebetbüchern fuchteln, die rassistisch oder homophob oder ultranationalistisch sind. Umgekehrt sehen die Bewohner des Kernlandes sich selbst als arglos und rechtschaffen, als bescheiden und bodenständig, wertetreu und heimatverbunden: uramerikanisch eben. Die Bewohner des blauen Amerikas erscheinen ihnen elitär, materialistisch und wertevergessen. Sie laufen jeder Mode nach, glauben heute dies, morgen das und sind deshalb empfänglich für Verirrungen wie Homo-Ehe, Abtreibung oder Drogenkonsum. Sie beten die Gewaltwelt von Hollywood an statt den Herrgott. Ein antieuropäischer Unterton schwingt auch mit, denn das blaue Amerika importiert nach dieser Interpretation neben Käse und Autos auch Kultursnobismus und Werterelativismus vom Alten Kontinent. Das alles beweist dem roten Kernland nur, dass der Linkliberalismus der blauen Staaten ganz unamerikanisch ist.

Beide Wahlkampfteams haben sich dieser grotesken Überzeichnungen nach Herzenslust bedient, um die Ressentiments der eigenen Basis zu schüren. Der Cartoon des Bush-Teams sah Kerry als reichen Snob aus Massachusetts, dem Staat der linken Eliten und der Libertinage. Seine Politik weise ihn als unzuverlässigen Gesellen aus, als „Franzosen“, der anderen Nationen Mitsprache über amerikanische Entscheidungen einräume. Der Kandidat habe, wie Bush kurz vor der Wahl sagte, „wenige Kernüberzeugungen“, und die „ändern sich wie das Wetter“. Kurzum: Ein typischer Wendehals von der blauen Küste.

Die Karikatur aus der Produktion des Kerry-Teams zeichnete Bush als geistig minderbemittelten Cowboy. Während eines Wahlkampfauftritts machte Kerry sich absichtlich stotternd über Bushs volkstümelnde Gemeinplätze lustig. Bush erscheint als Frömmeler, der im Weißen Haus seine Weisungen vom lieben Gott annimmt. Zudem sei er zu rechthaberisch, um Fehler zu korrigieren. Kurzum: Ein typischer Holzkopf aus der roten Steppe.

George Bush geriet seine Biographie zum Vorteil. Zwar stammen beide, Präsident wie gescheiterter Herausforderer, aus dem Nordosten und aus reichem Hause, sie besuchten dieselben edlen Schulen und Universitäten. Aber danach machte sich George Bush auf den Weg seines Landes. Während sich das Machtzentrum aus dem Nordosten in den Süden und Westen verlagerte, zog er mit. Weil er in Texas zu Gott fand und abließ vom Alkohol, wird sein Selbstfindungsprozess zur machtvollen Parabel für die Erlösung Amerikas: Bush hat sich im gesunden Kernland aus dem Jungbrunnen ewiger Werte bedient und die Krankheiten der Ostküste hinter sich gelassen. Damit fußt Bushs Stärke geradezu auf der Spaltung des Landes. Durch seine Amtsführung, schreibt der Kolumnist E. J. Dionne, habe er „die Spannungen zwischen traditionellem und modernistischem Amerika sogar weiter verschärft“.

Das amerikanische Schisma ist Ausdruck des „großen Rückschlags“, wie Thomas Frank in seiner Studie *What's the Matter with Kansas?* schreibt. Die Konservativen geben sich als Widerstandsbewegung gegen die gesellschaftlichen Liberalisierungen seit der Bürgerrechtsära. Sie überzeugen ihre Wähler davon, dass es im politischen Prozess nicht mehr um ökonomische Interessenwahrung geht, sondern um die Verteidigung traditioneller Werte. Der Wahlabend ist ein eindrucksvoller Beleg. Die blau-rote Karte deutet kaum auf ökonomische Bruchlinien hin, sondern auf den Wertekonflikt. Iowa und Wisconsin galten einst als Hochburgen der Demokraten, weil dort der ökonomische Populismus eine linke Bauernschaft schuf. Aber die

Gegenrevolution treibt die Bauern neuerdings der Rechten zu. Jetzt sind beide Staaten für beide Seiten zu haben.

So handelt es sich nur scheinbar um ein Gleichgewicht der Kräfte. Das Land ist in den vergangenen Jahren immer weiter nach rechts gerückt. Die Rechte hat so viel Macht wie zuletzt in den zwanziger Jahren. Sie gewann seit 1968 sechs von neun Präsidentschaftswahlen. Zum ersten Mal seit 1946 halten die Republikaner eine Mehrheit aller Sitze in den Staatsparlamenten besetzt. Vor allem dominieren Konservative die Agenda der Gesellschaft. Stützten Anfang der neunziger Jahre noch zwei Drittel der Amerikaner die gegenwärtige Abtreibungsregelung, so ist es heute nur noch die Hälfte. „Die Bühne ist bereitet“, schreiben John Micklethwait und Adrian Wooldridge in *The Right Nation*, „damit die Republikaner die Demokraten als natürliche Regierungspartei ablösen.“

Vielleicht ist die Wahl dieser entscheidende Moment gewesen. Auch wenn die rot-blaue Karte fast genauso aussieht wie zuvor, sie verhüllt eine deutliche Machtverschiebung. George Bush hat 3,5 Millionen Stimmen hinzugewonnen. Ins Amt trugen ihn Wählermassen aus dem roten Amerika, die zuvor bei Wahlen zu Hause geblieben waren, darunter viele Rechts-Christen. Das Land hat über die Stadt gesiegt, das traditionelle über das moderne, das religiöse über das säkulare Amerika – eine Umkehrung der westlichen Modernisierungsgeschichte seit der industriellen Revolution. Nun werden die Republikaner versuchen, die Demokraten zur permanenten Minderheitspartei zu schrumpfen und in ein 30-Prozent-Ghetto rund um die städtischen Cappuccino-Bars einzupferchen. Das wäre der Sieg im kulturellen Bürgerkrieg Amerikas.

Die beiden Artikel „Der ungeliebte Sieger“ und „Die vereinigten Halbnationen“ erschienen zuerst in DIE ZEIT Nr. 46/2004. Wir danken dem Zeit-Verlag für die freundliche Nachdruckgenehmigung.

Die Wahlen: Deutungen und Missdeutungen – Warum Europa handeln muss, statt zu lamentieren

Von Helga Flores Trejo

Haben Themen oder Personen die entscheidende Rolle bei den US-Wahlen gespielt? Was bedeutet diese Wahl für die Demokraten? Was sagt das Ergebnis für die US-Gesellschaft aus? Sind Europa und die Vereinigten Staaten grundsätzlich verschieden und driften immer weiter auseinander? Diese Fragen sind auch für Europäer keineswegs akademisch. Vielmehr wird das weitere transatlantische Verhältnis in nicht geringem Maß davon abhängen, die richtigen Schlüsse aus dem für viele Europäer unerwünschten Ausgang der Wahlen zu ziehen.

Sicher ist bis jetzt lediglich, dass George Bush seinen Sieg nicht einfach der Mobilisierung der christlichen Rechten verdankt, sondern der Tatsache, dass er in 87 Prozent der Kommunen (counties) und in 45 von 50 Bundesstaaten seinen Stimmenanteil erhöhen konnte. Nach den bisher vorliegenden Analysen und Datenauswertungen hat er mehr Frauen, Familien mit Kindern, Schwarze und Latinos für sich gewonnen als noch vor vier Jahren. Entgegen ersten Erklärungen hat nicht das Votum im Hinterland den Republikanern zum Sieg verholfen, sondern insbesondere in den Vororten der großen Städte hatten sie hohen Zuspruch. So zum Beispiel in Ohio, wo der amtierende Präsident deutliche Zugewinne in den schnell wachsenden Vororten von Cincinnati verbuchte. So betrug die Gewinnmarge im Warren County mehr als 40.000 Stimmen, die Vororte der Städte Columbus, Delaware und Fairfield verschafften ihm weitere 43.000 Stimmen Vorsprung. Gerade auf den nördlichen Bundesstaat Ohio, in dem seit dem Antritt der Bush-Administration mehr als 230.000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind, haben die Demokraten große Hoffnungen gesetzt. Doch mit den Arbeitsplätzen verschwand auch das traditionelle Arbeitermilieu.

Hier waren letztlich Krieg und Terrorängste wichtigste Motivation, konservativ zu wählen. Nachdem insbesondere Dick Cheney immer wieder Angst vor Anschlägen schürte, sprechen einige Analysten inzwischen von der Konversion der Fußball-Mütter aus den suburbanen Vororten in die Sicherheits-Mütter.

Die Demokraten haben nach wie vor die größte Unterstützung in den städtischen Metropolen, auf sie entfielen rund 60 Prozent der Stimmen in allen Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern. Demgegenüber haben sie selbst in den Vororten bei den unteren Mittelschichten überraschend deutlich an Terrain verloren.

Die Demokratische Partei war in diesen Wahlen nur in den städtischen Regionen der West- und Ostküste wirklich erfolgreich, büßte aber die Unterstützung wichtiger Wählergruppen ein. Das große Dilemma liegt darin, dass den Demokraten offensichtlich der Zugang in die schnell wachsenden Vororte verwehrt geblieben ist, in denen vor allem Familien mit Kindern leben, aber auch zunehmend Latinos. Sollte das so bleiben, sind die Zukunftsperspektiven schlecht. Diese Entwicklung bekräftigt, dass in weiten Teilen der USA eine kulturelle Kluft existiert, die die Demokraten bereits vor vier Jahren zu spüren bekamen. Im Juli 2001 titelte *Blueprint*, das Magazin der Bill Clinton nahen *New Democrats*, in Anlehnung an dessen legendäres "It's the economy, stupid" damals: "It's the culture, stupid" („Es geht um Kultur, du Trottel“) und identifizierte jene Wählergruppen, bei denen die eigene

Partei ihren Zuspruch erhöhen sollte: Gläubige, Waffenbesitzer, verheiratete Paare, Familien, Militärangehörige, Latinos, weiße Männer, Mütter.

Nun wurde offenbar, dass die Kluft zwischen der demokratischen Partei und diesen Bevölkerungsgruppen sich 2004 noch geweitet hat. Wenngleich der Wahlsieg von George Bush auf einer breiteren gesellschaftlichen Basis ruht als zuvor, stellt sich dennoch die Frage, warum diese Gruppen, die keineswegs am politischen Rand der Gesellschaft zu finden sind, dem Präsidenten ihre Stimme gegeben haben. Und dies bei einer Regierung, die einen Rekord an Arbeitsplatzverlusten zu verbuchen hatte, unvorstellbare Defizite aufhäufte, krasse politische und militärische Fehleinschätzungen im Irak verantwortet, wie auch den weltweiten Imageverlust der USA – dennoch erhielt sie eine deutliche, wenn auch nicht überwältigende Mehrheit.

Die Wähler haben Bush offensichtlich nicht wegen, sondern trotz der Bilanz der vergangenen vier Jahre gewählt. Late-Night-Komödiant David Letterman hat diese Logik auf den Punkt gebracht, als er kürzlich sagte: „Präsident Bush wird Wahlen im Irak abhalten, die Infrastruktur wieder aufbauen, Arbeitsplätze schaffen und wenn es dort funktioniert, wird er es auch hier versuchen.“ Deshalb ist intensiv diskutiert worden, was jene 20 Prozent der Wählerinnen und Wähler im Sinn hatten, die den Meinungsforschern diktierten, dass für sie „moralische Werte“ ausschlaggebend gewesen seien. Man muss dabei wissen, dass „Moral“ in den USA alles Mögliche bezeichnen kann, bei Nachfragen wurden auch Themen wie Umweltschutz, Frieden oder Nachbarschaftshilfe angegeben. Wie sehr diese Erwägungen die Wahlen beeinflussten, ist noch unklar, auch wenn die von den Republikanern forcierte Ablehnung der Schwulenehe sicherlich als Katalysator diente und Rechte an die Urnen brachte. Unter der Wertehaube verstecken sich eine ganze Reihe von Themen wie Familienwerte, Angst vor Kriminalität, Lebensführung nach festen Prinzipien, Waffenrechte, die Frage der Stammzellenforschung, Abtreibung, Religiosität und so weiter.

Das bedeutet, dass der politische Diskurs zwar sehr oft in religiöser Sprache geführt wird, sich jedoch keineswegs auf Religiöses reduzieren lässt. Hierin liegt ein weit verbreitetes Missverständnis, das sich auch auf die politischen Entscheidungen der Bush-Administration bezieht: Sie sind nicht religiös begründet, auch wenn die Sprache, in der sie formuliert werden, oft religiös anmutet.

Was ist im Bereich der Außenpolitik zu erwarten?

Für George Bush gilt, dass er genau das versuchen wird durchzusetzen, was er auch bisher wollte. Auf der ersten Pressekonferenz nach der Wahl wurde er gefragt, ob er in Zukunft multilateral handeln wolle. Auf jeden Fall wolle er das, entgegnete Bush und sagte, er würde jederzeit das Gespräch mit anderen Staatsmännern suchen, um ihnen „meine Entscheidungen zu erklären“. Aus europäischer Perspektive liegt das Problem darin, mit einer unveränderten US-Außenpolitik sachlich und im Sinne der eigenen wohlverstandenen Interessen umzugehen.

Ob Fantasien wie die des spanischen Ministerpräsidenten Zapatero, der die EU in zwanzig Jahren als wichtigste Weltmacht sieht, besonders realistisch sind, ist allerdings fraglich. Von Vorteil ist immerhin, dass nach vier Jahren und vielen erbiterten Auseinandersetzungen inzwischen klar ist, mit wem man es zu tun hat und was zu erwarten ist. Das heißt aber auch, dass es in der EU keine Ausreden mehr gibt. Statt in passiver Haltung zu verharren, sind nun eine Reihe eigener Initiativen

angebracht – nicht nur, weil der Irak in absehbarer Zeit eine gemeinsame Grenze mit der Europäischen Gemeinschaft haben wird.

In zahlreichen Ideenschmieden Washingtons wartet man darauf, dass die Europäer, soweit vorhanden, ihre außenpolitische Agenda für das kommende Jahrzehnt offensiv vertreten und keine Zeit mit dem Warten auf freundliche (oder weniger freundliche) Einladungen der Administration verlieren. Noch unvernünftiger wäre es, so ist zu hören, auf eine versöhnliche Geste zu warten. Die europäischen Regierungen werden nicht umworben, denn es geht auch ohne sie, wenn auch schlechter als mit ihnen. Es ist in diesem Zusammenhang wichtig zu sehen, dass George Bush die erste amerikanische Administration nach 1945 führt, die nicht vorbehaltlos die europäische Integration und Einigung unterstützt hat. Man hat sich lieber einzelne Partner ausgesucht und gelegentlich auch auf Spaltung gesetzt. Dank der innereuropäischen Differenzen war das nicht besonders schwierig und die US-Regierung wird weiterhin versucht sein, so zu handeln, auch wenn sie damit längerfristig gegen ihre eigenen Interessen verstößt.

Doch selbst diese schwierige Ausgangslage kann nicht dazu herhalten, dass die EU sich um Sachthemen (atlantische Allianz, Modernisierung von Militär und Ökonomie) und die entscheidenden politischen Konflikte (Iran, Irak, Korea, Nahost) herumzudrücken versucht.

Politisch gibt es viele gemeinsame Interessen, denn die USA und Europa sind nicht so gegensätzlich, wie Jürgen Habermas und Jacques Derrida das in ihrem intellektuellen Scheidungsmanifest im Mai 2003 unterstellten. Damals hatten sie im Einklang mit weiten Teilen der Bevölkerung geschrieben, „die Erfolgsgeschichte der Europäischen Union [habe] die Europäer in der Überzeugung bestärkt, dass die Domestizierung staatlicher Gewaltausübung auch auf globaler Ebene eine gegenseitige Einschränkung souveräner Handlungsspielräume verlangt“.

Schon die Unterstellung, Europa befinde sich in einem postnationalen Zustand, ist bereits umstritten, dass aber Habermas, Derrida und vielen Politikern offensichtlich vorschwebt, die EU gegen die USA in Stellung zu bringen, richtet echten Schaden an. „Europa muss sein Gewicht auf internationaler Ebene und im Rahmen der UN in die Waagschale werfen, um den hegemonialen Unilateralismus der Vereinigten Staaten auszubalancieren“, schrieb Habermas und artikulierte damit eine weit verbreitete Vorstellung. Abgesehen von der Selbststilisierung europäischer Geschichte bleibt der Anspruch auf eine den Vereinigten Staaten entgegengesetzte Globalpolitik ebenso fraglich wie unrealistisch. Die Fehldeutung der Wahlen und die Frustrationen durch die Bush-Administration sollte nicht dazu herhalten, europäischen Eigensinn zu fördern. Habermas und Derrida haben eine alternative Außenpolitik der EU gefordert, das ist nicht falsch, aber sie muss im atlantischen Rahmen formuliert werden.

Doch die großen Worte und die Wirklichkeit klaffen bis auf den heutigen Tag recht weit auseinander. Die gewaltigen Aufgaben notwendiger ökonomischer Reformen, die demographischen Herausforderungen einer schnell alternden Gesellschaft, die Entwicklung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die massiven Migrations- und Integrationsprobleme und schließlich der Türkeibeitritt müssen angegangen werden, um überhaupt die Voraussetzung für eine globale Rolle der EU zu schaffen. Zu suggerieren, diese Aufgaben könnten unabhängig von den transatlantischen Institutionen verwirklicht werden, ist falsch. Das Gegenteil sollte

die Konsequenz sein: eine Rekonstruktion des Westens entlang politischer Interessen und ethischer Standards. Denn mit dem Ende des Kalten Krieges ist das Thema der transatlantischen Beziehungen nicht mehr Europa, sondern die Welt. Diese europäische Mitverantwortung mit Blick auf das Wahlergebnis auszuschlagen wäre leichtfertig.

Timothy Garton Ash fand in Washington ein aufmerksames Publikum, als er diese europäischen Richtungsentscheidungen und Reaktionen auf die US-Wahlen auch als Kampf zwischen Eurogaullisten und Euroatlantikern beschrieb. In dieser Auseinandersetzung sind die politischen Energien einer deutschen Regierung besser eingesetzt als im inhaltlosen Ehrgeiz, einen Sitz im Sicherheitsrat zu ergattern.

Wenn jedoch in Berlin Ideen für eine Demokratisierung des Nahen Ostens und den arabischen Raum entwickelt, der EU-Beitritt der Türkei vorangetrieben und eine offensive Lösung des Iran-Problems gesucht werden, dann würde dies den *modus operandi* (und *vivendi*) der atlantischen Allianz bestimmen. Auch die jetzige Administration ist ein Partner Europas, nur ein wenig anstrengender als andere.

Zuerst erschienen in der Kommune – Forum für Politik, Ökonomie, Kultur, Nr. 6/2004. Wir danken der Kommune für die freundliche Nachdruckgenehmigung.

Zahlen und Fakten

Ergebnisse der US-Präsidentschaftswahlen 2004

Bush: 286 Wahlmänner

Kerry: 252 Wahlmänner

Bush: 59,459.765 Stimmen – 51 %

Kerry: 55,949.407 Stimmen – 48 %

Insgesamt: 538 Wahlmänner,

270 sind für einen Sieg notwendig

Quelle: Die Presse.com vom 15.12.04





	Bush	Kerry	Nader
Ergebnisse nach	2004 2000	2004	2004
(Alle Zahlen auf- und abgerundet)			
Geschlecht			
männlich (46%)	55% +2	44%	0%
weiblich (54%)	48% +5	51%	0%
Herkunft			
weiß, männlich (36%)	62% k.A.	37%	0%
weiß, weiblich (41%)	55% k.A.	44%	0%
nicht-weiß, männlich (10%)	30% k.A.	67%	1%
nicht-weiß, weiblich (12%)	24% k.A.	75%	1%
angloamerikanisch (77%)	58% +4	41%	0%
afroamerikanisch (11%)	11% +2	88%	0%
lateinamerikanisch (8%)	44% +9	53%	2%
asiatisch (2%)	44% +3	56%	*
andere (2%)	40% +1	54%	2%
Alter			
18–29 (17%)	45% k.A.	54%	0%
30–44 (29%)	53% +4	46%	1%
45–59 (30%)	51% +2	48%	0%
60 und älter (24%)	54% +7	46%	0%
Einkommen			
unter \$15,000 (8%)	36% k.A.	63%	0%
\$15–30,000 (15%)	42% k.A.	57%	0%
\$30–50,000 (22%)	49% k.A.	50%	0%
\$50–75,000 (23%)	56% k.A.	43%	0%
\$75–100,000 (14%)	55% k.A.	45%	0%
\$100–150,000 (11%)	57% k.A.	42%	1%
\$150–200,000 (4%)	58% k.A.	42%	*
\$200,000 or More (3%)	63% k.A.	35%	1%
Ausbildung			
keine High School (4%)	49% +10	50%	0%
H.S. Graduate (22%)	52% +3	47%	0%
College (32%)	54% +3	46%	0%
College Abschluss (26%)	52% +1	46%	1%
Studium (16%)	44% +0	55%	1%

Parteipräferenzen			
Demokraten (37%)	11% +0	89%	0%
Republikaner (37%)	93% +2	6%	0%
unabhängig (26%)	48% +1	49%	1%
Weltanschauung			
liberal (21%)	13% +0	85%	1%
moderat (45%)	45% +1	54%	0%
konservativ (34%)	84% +3	15%	0%
Religion			
protestantisch (54%)	59% +3	40%	0%
katholisch (27%)	52% +5	47%	0%
jüdisch (3%)	25% +6	74%	*
andere (7%)	23% -5	74%	1%
keine (10%)	31% +1	67%	1%
Weißer Evangelikaner/Wiedererweckte?			
Ja (23%)	78% k.A.	21%	0%
Nein (77%)	43% k.A.	56%	0%
Kirchenbesuch			
wöchentlich (41%)	61% k.A.	39%	0%
gelegentlich (40%)	47% k.A.	53%	0%
nie (14%)	36% k.A.	62%	1%
Verheiratet			
Ja (63%)	57% +4	42%	0%
Nein (37%)	40% +2	58%	0%
Verheiratet, mit Kindern			
Ja (28%)	59% k.A.	40%	1%
Nein (72%)	48% k.A.	51%	0%
Sexuelle Orientierung (Sind Sie schwul, lesbisch oder bisexuell?)			
Ja (4%)	23% -2	77%	0%
Nein (96%)	53% +3	46%	0%
Wichtigste Themen			
Steuern (5%)	57% k.A.	43%	0%
Ausbildung (4%)	26% k.A.	73%	*
Irak (15%)	26% k.A.	73%	0%
Terrorismus (19%)	86% k.A.	14%	0%
Wirtschaft/Arbeit (20%)	18% k.A.	80%	0%
Moralische Werte (22%)	80% k.A.	18%	1%
Gesundheit (8%)	23% k.A.	77%	*

Quelle: CNN

Autorinnen und Autoren u. a.

Prof. Dr. Christina von Braun, Kulturtheoretikerin, Autorin, Filmemacherin, seit 1994 Professorin an der Humboldt-Universität zu Berlin, Gründungsmitglied und Vorstand der Grünen Akademie.

Reinhard Bütikofer, seit 2002 Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen.

David Crawford, amerikanischer Journalist, lebt seit 1973 in Deutschland, seit 2001 beim *Wall Street Journal Europe*, Schwerpunkte: internationale Sicherheit, internationaler Terrorismus.

Prof. Dr. Dr. h.c. Michael Daxner, seit 1986 an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg, bis 1998 auch deren Präsident, Professor für Jüdische Studien und Lehrstuhlinhaber am Institut für Soziologie.

Helga Flores Trejo leitet das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Washington.

Ralf Fücks, Soziologe, Senator a. D., Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

Dr. Ulrike Guerot, Direktorin der Abteilung Außenpolitik Europa des German Marshall Fund of the United States, Berlin, vorher Leiterin der Arbeitsstelle Europa in der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik.

Prof. Dr. Dan Hamilton, Leiter des Center for Transatlantic Relations an der Johns Hopkins School of Advanced International Studies, Washington D.C.

Dr. Josef Joffe, Mitherausgeber *Die Zeit*, 1985-2000 Redakteur der *Süddeutschen Zeitung*.

Thomas Kleine-Brockhoff, Redakteur *Die Zeit*, Autor.

Cornelius Ochmann, Projektleiter Mittel- und Osteuropa im Bereich Politik der Bertelsmann Stiftung.

Gerhard Pitz, Politikwissenschaftler und Historiker, seit 2001 Geschäftsführer der Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg e.V.

Dr. Peter Rudolf, seit 1988 Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, Forschungsfelder: Außenpolitik der USA, transatlantische Beziehungen, Wirtschaftssanktionen.

Joscha Schmierer, Mitarbeiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt, Arbeitsgebiete: Grundsatzfragen der Europapolitik, Mittelmeer.

Peter Siller, Mitglied des Planungsstabs im Auswärtigen Amt, Arbeitsgebiete: Schnittstelle Innenpolitik/Außenpolitik, Globalisierung, Menschenrechte, Interna-

tionale Kulturpolitik; geschäftsführender Vorsitzender der Grundsatzkommission von Bündnis 90/Die Grünen, Vorstand der Grünen Akademie.

Karsten D. Voigt, seit 1999 Koordinator für deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, zuvor außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses sowie Vorsitzender der Deutsch-Russischen Parlamentariergruppe.

Die Grünen in Europa

Die Europäische Grüne Partei ist größer als die Europäische Union, sie hat den Erweiterungsprozess zum Teil schon vorweggenommen. Aus über 30 Staaten kommen die Mitglieder: von Zypern bis Irland, von Estland bis Portugal. Was aber einigt diese vielen Grünen Parteien? Haben sie gemeinsame Wurzeln und Werte? Oder gibt es auch bei den Grünen einen weltanschaulichen Riss zwischen „altem“ und „neuem“ Europa? Haben sie eine gemeinsame Vision, die die Grüne Bewegung als Protagonisten eines „vierten Wegs“ zwischen Sozialdemokratie, Konservatismus und Neoliberalismus attraktiv erscheinen lässt?

Zum ersten Mal erscheint ein Handbuch über die europäischen Grünen, um das breite Spektrum grüner Politik in Europa deutlich zu machen. Die Publikation verbindet Analysen und Darstellungen mit Dokumenten und einem Serviceteil.

Mit Beiträgen u.a. von Daniel Cohn-Bendit, Claudia Roth, Hubert Kleinert, Wolfgang Rüdiger, Lukas Wurz, Frieder Otto Wolf und Hiltrud Breyer.

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.):

Die Grünen in Europa

Ein Handbuch

Verlag Westfälisches Dampfboot

1. Auflage, Münster 2004, 312 Seiten

Preis: € 19,90

ISBN 3-89691-571-1

Das Buch ist im Handel erhältlich sowie bei der
Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin
Tel. 030-285340, Fax 28534109, E-mail info@boell.de, Internet: www.boell.de

Zur Lage der Welt 2004

Die Welt des Konsums

Für die Menschen in der westlichen Welt ist Konsum längst eine Selbstverständlichkeit geworden. Er bestimmt weitgehend unseren Alltag und unser Verhalten. Konsum ist der Motor unserer Wirtschaft. Aber er deckt nicht nur unsere wichtigsten Bedürfnisse – auf dem Weg zu Glück und Wohlbefinden ist er vielen längst zum Lebensinhalt geworden, gar zur Sucht: Der Mensch wird zum bloßen Käufer und Verbraucher. Und vergisst, dass dieser Lebensstil Folgen hat, die über das Hier und Heute weit hinausgehen.

Mit diesen Folgen für die Welt und jeden Einzelnen beschäftigen sich die Beiträge des neuen Worldwatch-Reports. Darüber hinaus skizziert der Bericht eine Ökonomie, die mit weniger Konsum funktioniert, und versucht eine Neudefinition vom „Guten Leben“.

„Zur Lage der Welt“ ist ein jährlich erscheinender Report des angesehenen Worldwatch Institute in Washington. Diese Berichte sind seit fast 20 Jahren richtungsweisend in der Diskussion über eine nachhaltige Entwicklung. Das weltweite Ansehen hat sich das Worldwatch Institute durch seine präzisen Analysen, die Aktualität der Themen und nicht zuletzt durch sein Engagement für neue Ansätze und Sichtweisen erworben. Zum zweiten Mal erscheint „Zur Lage der Welt“ in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch. Der vollständige Report wird durch zwei Artikel der deutschen Mitherausgeber über das Spannungsverhältnis von Konsum und Ökologie sowie das brisante Thema Flugverkehr ergänzt.

Worldwatch Institute (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch:

Zur Lage der Welt 2004

Die Welt des Konsums

Mit einem Grußwort von Renate Künast

Verlag Westfälisches Dampfboot

1. Auflage, Münster 2004, zahlreiche Tabellen und Abbildungen

348 Seiten, Preis: € 19,90, ISBN 3-89691-570-3

Der allerneueste Bericht „Zur Lage der Welt“ 2005 zum Thema „Sicherheit“ erscheint am 25. April 2005!

Das Buch ist im Handel erhältlich sowie bei der Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin
Tel. 030-285 340, Fax 285 341 09, E-mail info@boell.de, Internet: www.boell.de